INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

Nr. 155 second service

11. Juli 1991



Grenzen auf für alle?

Nieder mit dem Tourismus!

35°C - Schwitz!

Die Hitze in den Redaktionsräumen findet keine Entsprechung in der Hitze der Debatte. Wen wunderts !! Wir haben es befürchtet, das Sommerloch ist da. Aber trotzdem laufen die Flugblattaktionen in der S-Bahn gegen die rassistischen Übergriffe weiter. Es gibt auch keinen Grund dies einzustellen. Außerdem warten wir immer noch auf Einschätzungen oder einfach nur Berichte von den Verteilaktionen. Also schreibt mal was!

Wichtig finden wir in dieser Ausgabe das RZ-Papier zu den letzten militanten Anschlägen. Die Kritik an der Entpolitisierung der Militanz von revolutionären Gruppen teilen wir. Sie sollte damit aber nicht abgeschlossen sein und wird hoffentlich zu weiteren Stellungnahmen und notwendigen politischen wie praktischen Konsequenzen führen.

Der Schwerpunkt dieses Heftes ist wieder die Auseinandersetzung zum Rassismus und den drohenden massiven Abschiebungen. Dazu gibt es auch wieder mehrere Artikel von anderen Zeitungen. Zwei aus der "Südwind" und einen aus der "Agitare bene". Solidarische Grüße an die Redaktionen. Desweiteren haben wir einen Bericht über die Kämpfe im Flüchtlingslager Fürstenwalde. Auch im Bezug auf die drohenden Abschiebungen ist ein Kontakt mit den Flüchtlingen unerläßlich. Antirassistische Politik ist ohne direkten Austausch mit den Betroffenen unmöglich.

Den Bericht von dem "Böhsen Onkelz" -Konzert haben wir jetzt doch noch abgedruckt Da auch wir eine Gleichsetzung von Neonazis,Skins, Hools falsch finden und eine Auseinandersetzung für ein differenziertes Umgehen notwendig ist. Aber die "Böhsen Onkelz" so abzufeiern ist geschichtslos. Schließlich war diese Band vor noch nicht langer Zeit eine eindeutige Fascho-Band mit dementsprechenden Fans.

Problematisch finden wir auch den Urlaubs-Bericht über Venedig. Eine etwas zugespitztere politische Darstellung wäre wünschenswert. Vielleicht läßt sich dies ja noch nachreichen, mit ausführlicherer Speisefolge bitte. Die italienischen GenossInnen sind ja berühmt für ihre Kochkunst.

Ansonsten schönen Urlaub in und um Berlin und die "Interim" gehört natürlich in jeden Rucksack und darf auch am Strand gelesen werden.

Auf Korsika Serie von Anschlägen

ETA warnt vor Reisen nach Spanien

Rom	wolkenlos 28° C
Salzburg	wolkig 27° C
Stockholm ...	heiter 28° C
Tel Aviv.....	heiter 28° C
Venedig..	wolkenlos 30° C
Wien.......	heiter 28° C
Zürich	heiter 26° C

Amsterdam ..	heiter 24° C	Lissabon	heiter 27° C
Athen	heiter 30° C	London	Regen 19° C
Barcelona ...	heiter 26° C	Lugano	heiter 29° C
Bozen	heiter 31° C	Madeira	heiter 25° C
Budapest....	heiter 30° C	Madrid	heiter 30° C
Casablanca ..	heiter 24° C	Malaga ..	wolkenlos 26° C
Djerba......	heiter 28° C	Mallorca	heiter 29° C
Innsbruck ...	heiter 28° C	Moskau.....	wolkig 25° C
Istanbul.....	heiter 27° C	Nizza.......	heiter 25° C
Izmir	heiter 30° C	Oslo	heiter 27° C
Klagenfurt...	heiter 28° C	Palermo.....	heiter 26° C
Kopenhagen..	heiter 27° C	Paris	wolkig 22° C
Kreta.......	heiter 27° C	Prag	heiter 29° C
Larnaca.....	heiter 28° C		

Inhaltsverzeichnis:

Ordner :

- Hausbesetzung in Kiel
- " in Meldorf
- Information vom Flüchtlingsrat Berlin
- Kölner Soliaktion zum HS zu den Gefangenen aus AD
- Interview mit GRAPO- Angehörigen

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

This is not a love song!

Fast wie im wahren Leben

Im Frühsommer trafen sich in einem ehemaligen Erholungsheim der FDJ drei nicht mehr ganz junge Leute: HerMann (der mit dem großen M),Artur und Zorro.
Nachdem das Eis zwischen ihnen mal wieder gebrochen war, HerMann und Zorro den mitgebrachten Krimsekt bereits geleert hatten, setzte sich Artur, von dem Ritual ziemlich angeekelt, vor den Schwarz-weißfernseher. Es war so kurz nach halb elf da glaubte Artur, der inoffizielle Mitarbeiter der Bonner Regierung wolle ihn verkohlen. Auch noch Stunden später, als seine beiden Freunde längst wieder nüchtern waren und die erste Rauferei des Treffens zu Gunsten von HerMann längst entschieden war, schwor Artur, daß er nicht geträumt hatte. Friedrichs habe nämlich mit einem besonders verschmitzten Grinsen gemeldet, daß sich die Revolutionären Zellen in der Hauptstadtfrage jetzt auch für Bonn ins Zeug geschmissen hätten. Der Reichstag wäre - zum Glück der Nation - zwar nicht abgebrannt, Menschen auch nicht zu Schaden gekommen, aber es wären zwei Stelltafeln in der Ausstellung zur deutschen Geschichte bis auf die Aluminiumträger abgebrannt.
Als daraufhin aus allen Wohnstuben der Republik ein unglaubliches Gelächter aufbrauste, das wohl die Ursuche für einen sekundenlangen Stromausfall in dem ehemaligen FDJ-Heim war, kam es zu dem bereits erwähnten Zwischenfall unter Genossen. Artur, vor Schreck zunächst wie gelähmt, kriegte einen dermaßenden Wutanfall, daß er mit dem Aschenbecher nach dem Regierungssprecher schmiß. HerMann und Zorro brachte der Krach des implodierenden Fernsehers auf die Palme, weil dadurch ihre Sicherheit in dem Dorf gefährdet sei. Als Artur dann dazwischen schrie und dann etwas gefaßter erklärte, was in Berlin passiert war, kam es zu einem erbitterten Wortgefecht, in dessen Verlauf erst Artur auf die Problematik einer solchen Aktion vor dem Hintergrund des Reichstagsbrandes Ende Februar 33 verwies. Zorro meinte,das Objekt wäre eh das falsche, wenn schon Kampf gegen die Umstrukturierung der Stadt, dann müßte man schließlich Daimler angreifen, aber nicht isoliert, sondern als Teil einer Massenkampagne gegen das Projekt am Potsdamer Platz.Als HerMann dann auch noch einwandte, ob Bonn oder Berlin, Daimler oder sonstwas, daß müßte Mann vom antipatriachalen Ansatz her überlegen, bzw. erst mal die Zora fragen und als er dann auch noch abhob auf das Problem der männlichen Definitionsmacht, kriegte er plötzlich von Zorro eins auf die Glocke ...

Im wirklichen Leben

würden die Leute natürlich nicht über uns Lachen. Die Situation ist für uns auch bitter ernst.

Tatsächlich kommt uns einiges von dem, was militante Gruppen in den letzten Monaten gemacht haben, als traurige Karikatur dessen vor, wofür mehrere Generationen Militanter seit Anfang der 70ger Jahre in diesem Land gekämpft haben.

Wir meinen damit den Beschuß der Bonner US-Botschaft durch ein Kommando der RAF, Anfang Februar, den Versuch Revolutionärer Zellen, die Goldelse von der Siegessäule in Berlin zu sprengen und die Brandstiftung einer RZ im Berliner Reichstag, vor einigen Wochen.
Insbesondere meinen wir damit das tödliche Briefbombenattentat auf den Berliner Baustadtrat Klein. Da aufgrund einer anonymen Erklärung nicht mehr ausgeschlossen werden kann, daß die Urheber des Attentates aus den Reihen der Linken kommen, halten wir eine selbstkritische Auseinandersetzung über das Verhältnis von Politik und Moral für dringend erforderlich.

In einer politischen Situation, in der die Linke insgesamt fast völlig bedeutungslos geworden ist, ist diese Diskussion existentiell. Angesichts gesellschaftlicher Marginalisierung linker Politik insgesamt und militanter Positionen im Besonderen, verlangt der Einsatz revolutionärer Gewaltmittel ein b e s o n d e r e s Maß an Verantwortung und Genauigkeit. Ihr Einsatz hat in dieser Situation im wesentlichen exemplarischen Charakter.

Die o.g. Aktionen werden allesamt dieser Verantwortung nicht gerecht. Sie nehmen zwar alle für sich in Anspruch, richtige Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit zu geben, sie entwerten jedoch den Einsatz revolutionärer Gewalt selbst.

Der Beschuß der US-Botschaft durch ein Kommando der RAF war die endgültige Bankrotterklärung einer gesamten Fraktion der bewaffneten Linken in der BRD.
Durch den ziellosen Beschuß wurden nicht nur völlig unbeteiligte Menschen in Gefahr gebracht sondern, um das Maß noch voll zu machen, handelte es sich um Menschen aus der Anti- Kriegsbewegung, die als potentielle Bündnispartner angesehen werden. Besser kann eine bewaffnete Gruppe das von ihr gezeichnete "terroristische Schreckgespenst" gar nicht medienwirksam in Szene setzen. Der Hinweis in der Kommandoerklärung, die Gefährdung Unbeteiligter durch die Mischung der tödlichen Geschosse mit Leuchtspurmunition ausgeschlossen zu haben, ist ein nicht zu überbietender Zynismus.

Mit dem Anschlag auf das mittlerweile politisch völlig unbedeutende Denkmal des deutschen Militarismus von 1871, die Siegessäule in Berlin, bewiesen Revolutionäre Zellen, daß sie sich mittlerweile völlig außerhalb von Zeit und Raum befinden.
Der Versuch, die Goldelse vom Sockel zu holen, war angesichts des Kriegsbeginns am Golf völlig unangemessen und lächerlich. Abgesehen davon, daß die Aktion zeitlich deplaziert war, haben die Genossen gezeigt, daß sie keine Antworten haben auf die von ihnen aufgegriffenen, objektiv richtigen Fragen, nämlich nach dem Verhältnis von Nationalismus, Rassismus und Sexismus und der eigenen politischen Praxis. In der Erklärung fehlt jegliche politische Orientierung - das bringt den Etikettenschwindel der Genossen auf den Punkt. Sie täuschen Klarheiten vor, wo keine erkennbar sind - beispielsweise nach dem Verhältnis von Militanz und antipatriachalem Widerstand von Männern.

Für den Brandanschlag auf die Ausstellung zur deutschen Geschichte im Reichstag, Anfang Juni, gilt die alte militante Weisheit, wonach eine Aktion gegen das falsche Objekt eine falsche Aktion ist, auch wenn in der Erklärung das Gegenteil behauptet wird.
In dem unter unserem Markenzeichen herausgegebenen schriftlichen "Votum für Bonn" steht zu lesen, daß eine Voraussetzung für den Kampf sei, "das politische Terrain zu erhalten und in aktuellen Auseinandersetzungen konkrete Ziele zu benennen und durchzusetzen."
Das wird zwar flott dahergesagt, drückt sich aber weder in der Aktion, noch im Inhalt der Erklärung aus. Konkrete politische Ziele oder Kristalisationspunkte, an denen sich der Kampf gegen die Umstrukturierung der Stadt entwickeln könnte, werden nicht genannt. Was von der Aktion bleibt ist der Bezug auf den herrschenden Diskurs, die "Hauptstadtfrage". Vor dem Hintergrund des Reichstagsbrandes 1933 verkommt die Aktion zur Farce.
Dieser Ort ist, wegen seiner widersprüchlichen historischen Bedeutung, als Angriffsziel militanter Politik völlig ungeeignet.Der Reichstag ist sowohl Symbol des deutschen Nationalismus, als auch der historischen Niederlage der Linken in Deutschland.
Entgegen der Behauptung in der Erklärung von "der Einzeltat des Marinus van der Lubbe", sind die genauen Umstände der Brandstiftung bis heute nicht geklärt. Es deutet zumindest einiges daraufhin, daß die SA an der Brandstiftung beteiligt war.
Es ist "blödsinnig" eine Aktion gegen ein Objekt zu machen, dessen Symbolik nicht eindeutig ist und sich nicht selbst vermittelt.

Der Tod des Berliner Baustadtrats Klein durch die Explosion einer Briefbombe ermöglichte und provozierte Spekulationen über Zielsetzung und Motive der Urheber.
In der Erklärung einer anonymen Gruppe vom 15. Juni wird behauptet, daß der Tod Kleins nicht beabsichtigt, Folge einer "Ungenauigkeit" gewesen sei und die Gefährdung Unbeteiligter auf dem Postweg zu "100% ausgeschlossen" wurde. Letzteres können wir uns zwar kaum vorstellen, das schließt aber nicht aus, daß nicht der Baustadtrat, sondern etwa eine Sekretärin den Brief hätte öffnen können.
Für Bestrafungsaktionen gelten, wie für andere Aktionen, zuallerst politische Kriterien, dabei muß es absolut ausgeschlossen sein, daß die angegriffene Person getötet wird und Unbeteiligte gefährdet werden, auch wenn sich das eigene Risiko dadurch erhöht.
Für das Regime sind Mneschen Schachfiguren; unser Kampf spielt nicht mit dem Leben von Menschen!
Die Kaltschnäuzigkeit, mit der die fatalen Folgen der Aktion kurzerhand vom Tisch gewischt werden, entspricht der Unfähigkeit, weder die beabsichtigte politische Wirkung der Aktion, noch politische Konzepte und Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf den noch zu entwickelnden Widerstand gegen die Umstrukturierung Berlins benennen zu können.
Diese Unfähigkeit charakterisiert sich in einer verhängnisvollen Tendenz zum Militarismus. So ist es auch nicht verwunderlich, daß in der Erklärung "Krieg" als zentrale Begrifflichkeit unterstrichen ist.

Diese verhängnisvolle Tendenz zum Militarismus hat immer wieder Aktionen mit fatalen politischen Folgen für die Linke hervorgebracht:
die Karry- Aktion, die Schüsse an der Startbahn, der Mord an dem US-Soldaten Pymental. Die liste ließe sich noch verlängern.
Diese Tendenz ist Ausdruck einer Haltung eines Teils der militanten Linken, die sich weigert, aus der Geschichte zu lernen, deren Handeln sich allein aus dem subjektiven Verhältnis zu Staat und Kapital begründet, aus ihrem "Drauf- sein", deren Praxis nicht an dem politischen Ziel der Verankerung und Verbreiterung revolutionärer Politik in die sozialen Prozesse der Gesellschaft hinein orientiert ist.

Wir lehnen den politischen Mord als Mittel revolutionärer Politik ab, weil der Stand der sozialen Kämpfe in diesem Land weit davon entfernt ist, daß die Liquidierung des politischen Gegners zu einer Macht- und Überlebnsfrage geworden wäre. Wir kämpfen um das Bewußtsein der Menschen und unser eigenes - nicht um die Macht.
Der politische Mord legitimiert sich auch nicht aus der Funktion des Gegners, wie die RAF uns das seit Jahren predigt. Die politische Wirkung muß verpuffen, weil ihre einzige Wirkung darin besteht, daß ein bis dahin anonymer Schreibtischtäter als Toter bekannt wird. Ihr Tod verschafft niemandem eine Atempause, hat nichts befreiendes und mobilisierendes. Im Gegenteil - die inflationäre Anwendung dieses Mittels zerstört den revolutionären Befreiungsanspruch von Innen - dieses letzte Mittel im revolutionären Kampf verkommt zum Spektakel.
Eine militante Linke, die die absolut verpflichtenden Grundsätze von Politik und Moral leichtfertig aufgibt und die ihre Skrupel verliert - dieses wesentliche Merkmal, was revolutionäre Frauen und Männer vom Gegner unterscheidet - verliert den Kredit und den Anspruch einen revolutionären Kampf für eine herrschaftsfrei Gesellschaft zu führen.

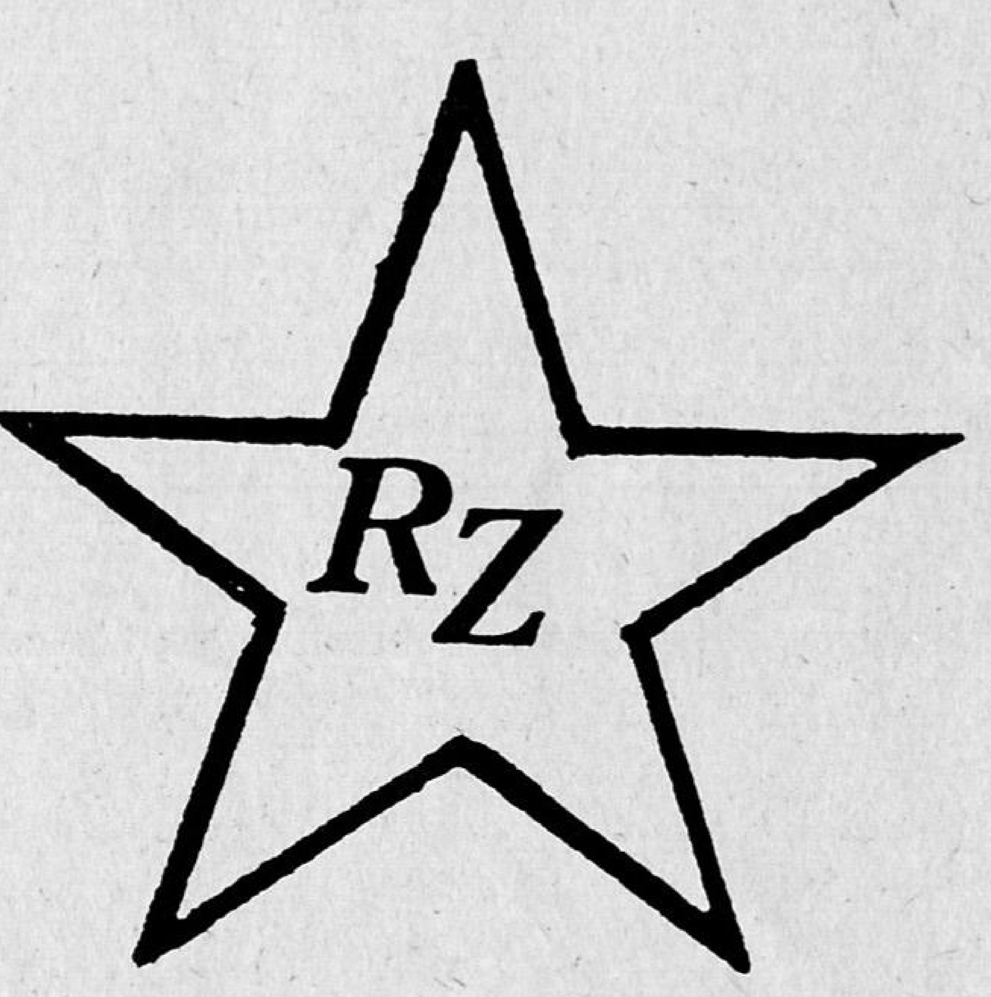
Spätestens an dieser Stelle werden sich viele fragen, was der Subjektivismus, der Militarismus und der Verlust revolutionärer Moral, wie sie in der Aktion gegen den Berliner Baustadtrat zum Ausdruck kommt, mit den von uns kritisierten Aktionen Revolutionärer Zellen zu tun hat. Die Gemeinsamkeit besteht in dem verantwortungslosen Aktionismus, der die militante Aktion selbst zum Fetisch macht.
Diese Praxis setzt auf die spektakuläre Geste, verwechselt politische Vermittlung mit bürgerlicher Öffentlichkeit. Sie transportiert keine Hoffnung auf Befreiung, sondern transportiert Erklärungen durch den Einsatz von Feuer, Sprengstoff oder Waffen in eine diffuse Öffentlichkeit. Sie hat die grundlegenden Kriterien revolutionären Handelns aufgegeben, oder erinnert sich nicht mehr an sie, weil sie die Orientierung längst verloren hat. Sie wird zur tragischen Figur, weil sie Opfer ihres eigenen Mythos geworden ist.

Militante Aktionen haben zum Ziel die gesellschaftlichen Widersprüche zu verschärfen, soziale Kämpfe voranzubringen und erkämpfte Freiräume abzusichern oder zu erweitern. Sie sollen die Gewalt des Systems sichtbar machen, dem Unrecht einen Namen geben, Projekte der Herrschenden sabotieren und das System der sozialen und repressiven Kontrolle zerstören. Sie sollen entgegen dem weitverbreiteten Gefühl der Ohnmacht Widerstand immer wieder möglich machen und den Mythos der Macht zerstören. Sie sollen die Herrschenden politisch treffen, sie verunsichern oder der Lächerlichkeit preisgeben.
Militante Aktionen - so begreifen wir auch unsere Praxis gegen die rassistische und sexistische Ausländerpolitik - sind e i n unverzichtbares Mittel politischer Intervention.

Wir reden nicht der Selbstentwaffnung der Linken das Wort - die militante und bewaffnete Widerstandserfahrung ist im Gegenteil ein gewichtiges Faustpfand für zukünftige Kämpfe.

EINE GRUPPE AUS DEM TRADITIONSZUSAMMENHANG DER

Revolutionäre Zellen



Juli 91

DAS NEUE AUSLÄNDERINNENGESETZ

RASSISTISCH & SEXISTISCH

1 Das Gesetz verlagert alle wesentlichen Kompetenzen an den Bundesinnenminister. Diese Zentralisierung verstößt gegen das föderalistische Prinzip und macht die Länderbehörde zum vollstrecKenden Büttel des Innenministers. Eine politische Einflußnahme in den Ländern ist ausgeschlossen, eine "progressive" Landesregierung nützt also nichts mehr. So können Regelungen, die im Gesetz nicht abschließend formuliert sind, durch Rechtsverordnungen des Innenministers eingeschränkt, verändert oder aufgehoben werden.

2 Das Gesetz bietet die Grundlage für eine totale datenmäßige Erfassung und Bespitzelung von Ausländerinnen. Alle Behörden und öffentlichen Stellen sind verpflichtet oder können verpflichtet werden, alle Erkenntnisse über Ausländerinnen zu melden - unklar bleibt, was eine "öffentliche Stelle" ist. Das kann eine Schule, aber auch ein Wohlfahrtsverband, eine Initiative oder ein Kindergarten und selbst eine Drogenberatung sein.

3 Der Aufenthalt von ausländischen Menschen wird nach verschiedenen Zwecken und deutschen Interessen aufgeteilt. Die verschiedenen möglichen Aufenthaltsgenehmigungen heißen Aufenthaltserlaubnis (befristet oder unbefristet), Aufenthaltsbewilligung, Aufenthaltsbefugnis und Aufenthaltsberechtigung. Die A.-bewilligung ist für bestimmte Zwecke, wie z.B. Studium, Ausbildung, längeren Besuch etc. gedacht. Die A.-befugnis wird aus humanitären Gründen erteilt, z.B. an Flüchtlinge oder an diejenigen Ausländerinnen, die eine A.-erlaubnis nicht bekommen sollen. Die Befugnis stellt eine Art Härteregelung dar, die allerdings eine Sackgasse ist: der Status ist extrem unsicher, und erst nach acht Jahren Aufenthalt kann unter sehr eingeschränkten Bedingungen eine A.-erlaubnis in Ausnahmefällen erteilt werden. Lediglich die A.-erlaubnis eröffnet prinzipiell den Weg in einen langfristig gesicherten Aufenthalt. Alle anderen A.-genehmigungen tragen ihre Beendigung in sich selbst, da sie nur für einen bestimmten Zweck befristet erteilt werden. Lediglich für Familienangehörige von A.-erlaubnisinhaberinnen gibt es bestimmte Rechtsansprüche, die sich aber bei Vorliegen eines Ausweisungsgrundes in Luft auflösen. Liegt kein Ausweisungsgrund vor, so wird dennoch eine A.-genehmigung versagt, wenn "aus einem sonstigen Grund Interessen der BRD beeinträchtigt oder gefährdet" sind. Ein sonstiger Grund kann z.B. sein, daß die Wohnungen für Deutsche freigemacht werden sollen.
Eine unbefristete A.-erlaubnis oder -berechtigung kostet DM 250 pro Person; auch wenn der Antrag abgelehnt wird muß die Betroffene eine Bearbeitungsgebühr von 50% zahlen.

4 Bei Inkrafttreten des Gesetzes wurde denjenigen Menschen, die eine befristete A.-erlaubnis hatten und von Sozialhilfe lebten, eine weitere A.-genehmigung nicht erteilt bzw. verlängert. Denjenigen, deren Arbeitserlaubnis ablief oder die keine hatten, konnte die weitere Erwerbstätigkeit grundsätzlich verboten werden. Damit wurde grundsätzlich der Aufenthalt all jener gefährdet, die nicht schon vor Inkrafttreten des neuen Gesetzes eine unbefristete A.-erlaubnis hatten.

5 Das Gesetz macht ausländische Menschen ab sechs Monaten aufenthaltsgenehmigungspflichtig. Ab 16 Jahren sind Minderjährige selbst verantwortlich für ihren Status und auch Minderjährige unter 16 können abgeschoben werden.

6 Alle A.-genehmigungen, insbesondere die Verfestigungsmöglichkeiten bei der A.-erlaubnis sind abhängig von dem Nachweis ausreichenden Wohnraums (die nötige Zahl an qm. wird von ärmeren Deutschen auch nicht erreicht). Durch die A.-genehmigungspflicht für Babies wird damit der Bedarf an Wohnraum bei wachsender Familie immer größer, der Aufenthalt gefährdet. Nachgezogene Kinder oder Ehepartnerinnen dürfen nur hier bleiben, wenn die häusliche Gemeinschaft gewahrt bleibt.

7 Kinder unter 16 dürfen diese häusliche Gemeinschaft nicht verlassen. Ehegattinnen können sich erst nach vier Jahren ohne Aufenthalts-gefährdung trennen und erwerben unter Umständen einen unabhängigen Aufenthaltsstatus. Für getrennte Ehegattinnen müssen allerdings nach spätestens einem Jahr die üblichen Bedingungen (Arbeit, Wohnung etc.) vorliegen, da zunächst nur auf ein Jahr verlängert wird. Ein Ehegattinnennachzug für diese geschiedenen Ausländerinnen ist aber für alle Zukunft grundsätzlich ausgeschlossen.

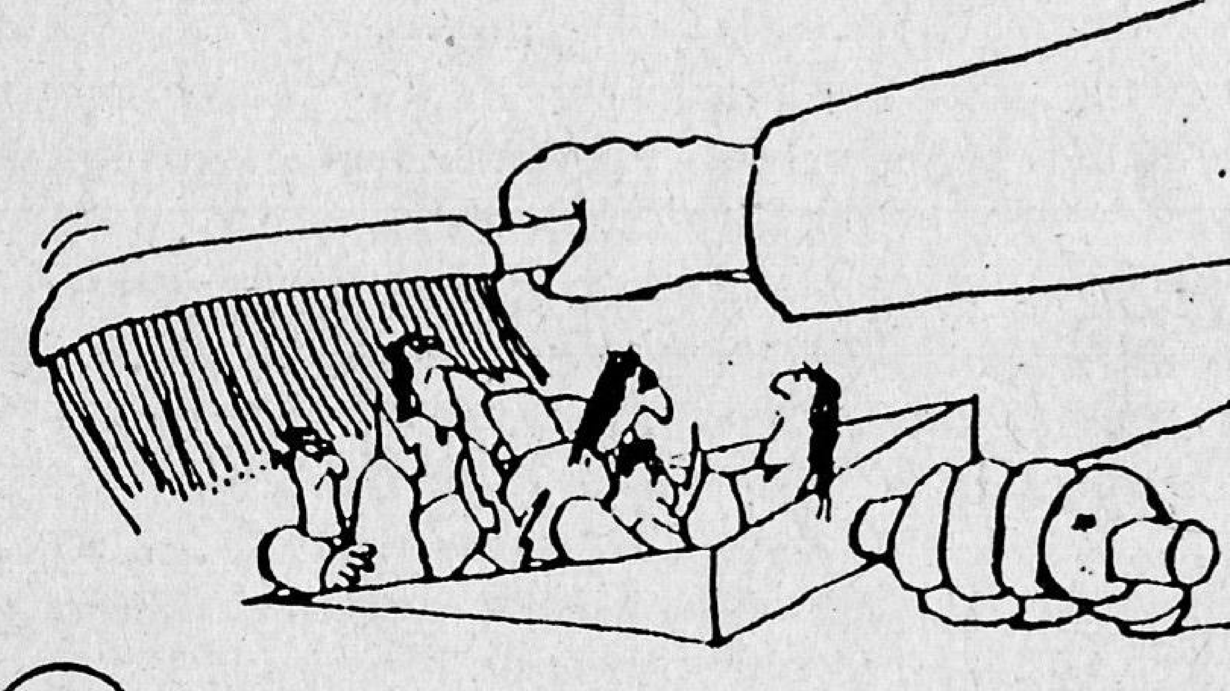
8 Verbote für politische Betätigung sind extrem weit gefaßt: dazu gehört die Teilnahme an gewaltsamen Aktionen (auch wenn die Betroffene selber keine Gewalt angewendet hat), die Androhung von Gewalt ("Vergewaltiger, wir kriegen dich"), und "alles, was das friedliche Zusammenleben von Ausländern und Deutschen gefährdet".

9 Ebenso weitreichend sind die sonstigen Gründe für eine Ausweisung. Auch ohne gerichtliches Verfahren wegen eines Ausweisungsgrundes kann die Behörde eine Verlängerung des Aufenthalts versagen. Folgende Taten bedrohen den Aufenthalt: Gebrauch von Kokain, Heroin und "vergleichbar gefährlichen Betäubungsmitteln", "freiwillige" Prostitution, Gefährdung der öffentlichen Gesundheit, langfristige Obdachlosigkeit, Bezug von Sozialhilfe, Inanspruchnahme von Hilfe zur Erziehung oder Hilfe für Volljährige, längere Arbeitslosigkeit und Straftaten, die im Ausland begangen wurden. (So ziemlich alles, was den Sozialstaat ausmacht, kann für Ausländerinnen zum Ausweisungsgrund werden)

10 Die Einreise in die BRD unterliegt für Bürgerinnen aus nicht-EG-Ländern grundsätzlich der Visumpflicht. Dieses Visum darf nicht erteilt werden, wenn die Rückkehr in die Heimat nicht sichergestellt ist, oder sich sog. Abschiebungshindernisse einstellen könnten. Ein solches Abschiebungshindernis stellt die Genfer Flüchtlingskonvention dar, nach der Menschen nicht dorthin abgeschoben werden dürfen, wo ihnen Gefahr für Leib und Leben droht, z.B. in Kriegsgebiete. Durch die Visumpflicht kommen Menschen aus Kriegsgebieten erst gar nicht in die BRD, erst recht, seitdem z.B. Fluggesellschaften sie nicht mehr ohne Visum transportieren dürfen. Auch bei der Anreise mit einem ordnungsgemäßen Visum kann an der Grenze zurüchgewiesen werden und zwar dann, wenn ein Ausweisungsgrund besteht oder der Verdacht des Visamißbrauchs (z.B. unerlaubte Arbeit)! Da Verdacht ein weiter Begriff ist, gibt es überhaupt keine Rechtssicherheit mehr. Natürlich sind auch Babies ab sechs Monaten Visumpflichtig.

11 Zusätzlich zur Abschiebehaft ist eine sog. Vorbereitungs haft geschaffen worden, die bis zu sechs Wochen dauern kann, wenn die Ausweisung nicht sofort entschieden werden kann und sie ohne Haft wesentlich erschwert oder vereitelt würde.

12 Das Gesetz erleichtert die Einbürgerung für die, die schon lange hier leben. Sie kostete bislang 75% des Bruttogehaltes, jetzt nur noch DM 100. Jugendliche können im Alter von 15-23 Jahren die Einbürgerung beantragen. Bedingungen: 8 Jahre Aufenthalt in der BRD (früher 10 Jahre), 6 Jahre Schulbesuch, keine Verurteilung wegen Straftaten, Aufgabe der bisherigen Staatsbürgerschaft. Jugendliche müssen dafür jedoch keine eigenständige Arbeit nachweisen. Erwachsene können die Staatsangehörigkeit beantragen, wenn sie: seit 15 Jahren in der BRD leben, nicht wegen Straftaten verurteilt wurden, ihre bisherige Staatsbürgerschaft aufgeben und einen gesicherten Lebensunterhalt nachweisen.





Ausländerzentral register

Seit 30 Jahren besteht das AZR. Ohne gesetzliche Regelung sammelt die Bundesverwaltungsbehörde persönliche Daten aller hier lebenden Ausländerinnen. Diese Daten werden auch nach Ausreise der Betroffenen nicht gelöscht. Über die Ausländerämter wird beinahe jede Ausländerin erfaßt. Der Bundestag strebt jetzt eine gesetzliche Regelung an, die die alte Praxis zementieren soll: Auskünfte sollen wie bislang sämtlichen Exekutivstellen und Behörden Deutschlands erteilt werden, sowie anderen Staaten und halbstaatlichen Organisationen. Prinzipiell dürfen zwar auch die Betroffenen selbst Einsicht nehmen, praktisch werden eine Vielzahl von Gummiparagraphen und Kann-Bestimmungen diese Einsichtnahme verhindern.
Wo deutsche Linke sich auf Schritt und Tritt vom Staat beobachtet fühlen und schon vor Telefonkarten zurückschrecken, übersehen sie, daß die Datensammlungen des AZR ("verbessert" noch durch die Auskunftspflicht öffentlicher Stellen) in sehr konkreter Weise die Lebensbedingungen von Ausländerinnen beeinflussen.
Die deutschen Datenschutzgesetze gelten nicht für Ausländerinnen. Weder der Staat, noch die Bewegung gegen Volkszählung, ISDN etc. legt Wert auf einen Datenschutz für Ausländerinnen.

Nicht nur der Staat diskriminiert

Wen bezeichnest Du als Ausländerin? Wenn Du deutsch und weiß bist, wirst Du wahrscheinlich feststellen, daß Du eine Person für umso ausländischer hälst, je dunkler ihre Haut ist. Eine schwarze Kölnerin wird Dir vielleicht "ausländischer" erscheinen, als eine weiße New Yorkerin. Diese Wahrnehmung ist Teil eines rassistischen Systems, das in der BRD auf allen Ebenen zu finden ist: Gerichte bewerten beispielsweise das gewalttätige Verhalten eines Tunesiers gegen seine Ehefrau als kulturell bedingt und damit tolerabel. Weiße deutsche Feministinnen wundern sich nicht, so wenige Türkinnen in der hiesigen Frauenbewegung zu sehen, weil sie sie für "noch nicht so weit" halten.
Schwarze Frauen mit einem nicht-deutschen kulturellen Hintergrund werden immer wieder darauf reduziert, "Ausländerin", Türkin, Afrikanerin etc. zu sein. Schwarze Deutsche müssen sich immer wieder für ihr Hiersein rechtfertigen. Sie werden von Deutschen ständig im Bezug zur deutschen Fiktion ihrer Herkunftskultur gesehen. Aber "die rassistischen und sexistischen Strukturen hier bestimmen ..[unsere Lebensbedingungen] weit mehr, als die viel beschriebenen ... Strukturen in den verschiedenen Auswanderungsländern." (Binnur Bilen). Zusammen mit dem alltäglichen Rassismus schaffen die Gesetze der BRD (Ausländerinnengesetz, Asylgesetz, §13 Arbeitsförderungsgesetz) Lebensbedingungen, von denen die folgenden Punkte einen Ausschnitt zeigen:

- Der §13 des Arbeitsförderungsgesetzes schreibt vor, daß eine Unternehmerin für eine freie Stelle zuerst eine Deutsche einstellen muß; wenn sich keine findet, eine EG-Bürgerin und dann erst eine Immigrantin aus einem nicht-EG-Land.
- Frauenspezifische Fluchtgründe werden nach dem deutschen Asylgesetz nicht anerkannt und führen nicht zu einem eigenständigen Bleiberecht.

- Behörden glauben Frauen oft nicht, daß sie sich "wirklich" politisch in einer Organisation etc. betätigt haben.
- Viele Immigrantinnen haben kein eigenständiges Bleiberecht. Sie leben als Ehegattinnen oder Töchter von Männern, die ein Bleiberecht haben. Infolgedessen können sie einen gewalttätigen Mann nicht verlassen, ohne eine Abschiebung zu riskieren.
- Asylbewerberinnen dürfen die ihnen zugeteilte Stadt nicht verlassen, auch nicht um vor Gewalt zu fliehen, egal ob diese Gewalt von der einheimischen Bevölkerung kommt oder von dem eigenen Ehemann.
- Die Arbeitserlaubnis ist oft an eine Wohnung geknüpft, doch schwarze Frauen erhalten noch schwerer als weiße eine Wohnung, und es wird umso schwerer, wenn sie Kinder haben, mit einer Geliebten zusammen leben wollen und außerdem vielleicht keine Arbeitserlaubnis haben.
- Sie müssen oft Arbeit unter schlechten Bedingungen annehmen, z.B. Putzen um 4.00 am Morgen, weil dann der Mann noch nicht arbeitet und bei den Kindern ist, für die Ausländerinnen eine Betreuung nachweisen müssen.
- Alleinstehende befinden sich in einer noch prekäreren Lage, da sie für Kinderbetreuung, Arbeitsstelle und Wohnraum alleine aufkommen müssen. Den Luxus arbeitslos zu sein, können sie sich oft nicht leisten.
- Ausländerinnen dürfen sich in der BRD nur eingeschränkt politisch betätigen. An einer nicht angemeldeten Demostration teilzunehemen, ein Haus zu besetzen etc. kann für sie zur Ausweisung führen. Während des Golfkrieges reichte es aus, Araberin zu sein, um sich überhaupt nicht mehr politisch betätigen zu dürfen.
- Sich schlagkräftig gegen einen Vergewaltiger zu wehren kann als "kriminelle Handlung" zu einer Ausweisung führen.
- Eine lesbische Ausländerin kann nicht aufgrund ihrer Beziehung zu einer Deutschen in die Bundesrepublik ziehen.

Dieses Netz aus Gesetzen, Verordnungen und Diskriminierung in der Bevölkerung höhlen ein Bleiberecht von Menschen ohne deutschen Paß aus. Wenn Immigrantinnen und Geflüchtete in der BRD bleiben wollen oder müssen, haben sie oft unerträgliche Bedingungen in Kauf zu nehmen. Trotzdem hat der Staat immer Zugriff auf viele von ihnen, kann sie jederzeit, je nach Bedarf ausweisen lassen, denn fast niemand kann alle Auflagen erfüllen. Ein Großteil der deutschen Bevölkerung tut sein Bestes, um an dieser Aushöhlung mitzuwirken.



Weg mit dem Ausländerinnengesetz! Offene Grenzen für alle!

Jede weiße Frau muß sich mit dem Rassismus auseinandersetzen. Nur so können wir zusammen gegen Rassismus und Sexismus kämpfen und ein Bleiberecht in diesem Land schaffen.

V.i.S.d.P.Notruf für vergewaltigte Frauen,Glasstr.74.5000/30



GRÜNDE FÜR MIGRATION UND FLUCHT

ein wesentlicher grund für die migration liegt in der zerstörung des existenzgrundlagen der menschen. schon in der kolonialzeit wurde die selbstversorgung bäuerlicher strukturen angegriffen. die ausbeutung der rohstoffe und die einführung von monokulturen führten zur vertreibung der menschen und ihrer versklavung als arbeitskräfte. die sogenannte grüne revolution hatte die zerstörung der letzten reste von selbstversorgung zum ziel. war es den menschen zuvor möglich, ihren bedarf an allen notwendigen lebensmitteln durch den eigenanbau selbst zu decken, so änderte sich dies in den 50er und 60er jahren durch die industriealisierte hochertragslandwirtschaft. immer mehr land wurde für den marktorientierten anbau von hybridem saatgut benutzt. die "modernen" anbaumethoden führten zu belastung und verödung des bodens. die einführung von landmaschinen machte viele menschen arbeitslos. für frauen bedeutete dies den verlust ihres stellenwertes innerhalb ihrer lebensgemeinschaften. zwar waren sie zuvor auch einer patriarchalen hierarchie unterworfen, aber in diesen strukturen hatten sie eine wichtige funktion zur bewältigung des alltages inne. sie verfügten über kenntnisse des anbaus von feldfrüchten und leisteten schon immer den hauptteil der arbeit. mit der zerstörung der existenzgrundlagen verloren vor allem frauen ihren sozialen stellenwert. männer und frauen konnten oft nur als tagelöhnerInnen oder saisonarbeiterInnen ihr überleben fristen. die frauen sind zusätzlich für die existenzsicherung der familie verantwortlich. häufig werden sie auch in die prostitution gezwungen. doch nicht alle menschen sind verwertbar. wer dieser ausbeutungspolitik widerstand leistet und sich den patriarchalen -imperialistischen interessen nicht unterordnet, wird vernichtet. der hunger als waffe und bevölkerungspolitische maßnahmen sind mittel, mit denen die wirtschaftsinteressen der multis in den drei kontinenten durchgesetzt werden.

nur relativ wenige menschen haben die möglichkeit vor dieser politik der existenzzerstörung in die industriestaaten zu flüchten. ca. 20 millionen menschen leben als arbeitsemigrantInnen in einem nachbarland oder in den metropolen. 15 millionen haben nach angaben des un-flüchtlingskommisars weltweit auf der flucht ihre länder verlassen. mindestens weitere 15 millionen sind innerhalb des landes auf der flucht. die gründe sind krieg, politische, religiöse oder rassistische verfolgung oder ökologische kathastrophen, die durch die wirtschaftliche ausbeutung entstanden. ungefähr 80% der flüchtlinge sind frauen und kinder, die hauptsächlich innerhalb der landesgrenzen fliehen. frauen sind spezieller ausbeutung ihres arbeitsvermögens, sexueller unterdrückung und der kontrolle ihrer gebärfähigkeit unterworfen. vergewaltigungen und folterung von frauen, die als bewußte patriarchale kriegslogik geschieht, wird nicht als asylgrund anerkannt. es sind aber auch frauen, die wesentlich den widerstand gegen die macht- und verwertungsinteressen des internationalen kapitals mittragen: sie organisieren die aufstände mit, sie sorgen für lebensmittel und volksküchen, sie kümmern sich um ihre gefangenen angehörige, sie besetzen land, um lebensmittel anbauen zu können.

zur unterscheidung von wirtschafts- und politischen flüchtlingen

immer wieder wird von politikern in der öffentlichkeit in einerseits politisch, religiös oder rassistisch verfolgte und andererseits sogenannte "wirtschaftsflüchtlinge" oder "scheinasylanten" zu unterscheiden. die ersteren fliehen aus berechtigten gründen, und die anderen kämen nur hierher, weil sie glaubten, daß hier milch und honig flössen. abgesehen davon, daß der brd - regierung eigentlich immer weniger bis keine flüchtlinge erwünscht sind, unabhängig davon, ob sie die kriterien für asylgewährung erfüllen, stellt diese unterscheidung eine zynische propaganda dar. politische und wirtschaftliche krisen fallen als fluchtauslösende faktoren immer mehr zusammen (z.b. in el salvador, palästina). die bestehende weltwirtschaftsstrukturen sind für ausbeutung und soziales elend im trikont verantwortlich. sie lösen brotunruhen, konflikte und staatliche unterdrückungsmaßnahmen aus.
deshalb ist es unsinnig zwischen wirtschafts- und politischen flüchtlingen zu unterscheiden. niemand wird die juden, denen während der naziherrschaft die wirtschaftliche grundlage entzogen wurde und die auswanderten, als wirtschaftsflüchtlinge bezeichnen. wer vor der bewußten verarmungspolitik von weltbank und internationalem währungsfond flieht, ist kein wirtschaftsflüchtling. es gibt viele ursachen wann, warum und wohin ein mensch flieht: menschenrechtsverletzungen, wirtschaftliche und politische lage, geschlecht, alter.
wer zu einem bestimmten zeitpunkt als flüchtling erklärt wird, hängt auch wesentlich von den arbeitsmarktinteressen des aufnahmelandes ab. menschen, die vor dem konflikt zwischen serbien und albanien fliehen, hätten vor 1973 problemlos als arbeitsemigrantInnen einreisen können. die flucht aus einer von zentralregierungen vernachlässigten region und den daraus resultierenden konflikten, kann sie jetzt zu "wirtschaftsasylanten" machen.

zur zeit kommen etwa 5% der weltweiten flüchtlinge nach europa, ein kleiner prozentsatz davon frauen. obwohl sie zusammen mit kindern am stärksten von flucht betroffen sind. seit mitte

der 70er jahre gelangten immer mehr flüchtlinge aus der sog. 3. welt in die brd und nach europa. für den anstieg dürfte auch der anwerbestop von 1973 verantwortlich sein. die 80er jahre wurden schon zum jahrzehnt der flüchtlinge ernannt. die europäischen staaten reagierten schnell mit der einführung von visumszwang für die hauptherkunftsländer (z.b. afghanistan, iran). 1986 wurde das "schlupfloch" berlin geschlossen, das es flüchtlingen ermöglichte, über ostberlin einzureisen. um flüchtlinge überhaupt davor abzuschrecken in die brd zu kommen, wurden sammellager, 5-jähriges arbeitsverbot und residenzpflicht, die grenzen des landkreises nicht überschreiten zu dürfen, eingeführt. kommen dennoch flüchtlinge hierher, so hat die restriktive rechtssprechung dafür gesorgt, daß kaum noch jemand asyl erhält. lag 1987 die gesamte anerkennungsquote in belgien bei 48%, in großbritannien bei 42%, in frankreich bei 33%, so hat die brd mit der schweiz mit 12% die mit abstand niedrigste anerkennungsquote. mittlerweile ist diese auf 3-6% abgesunken.

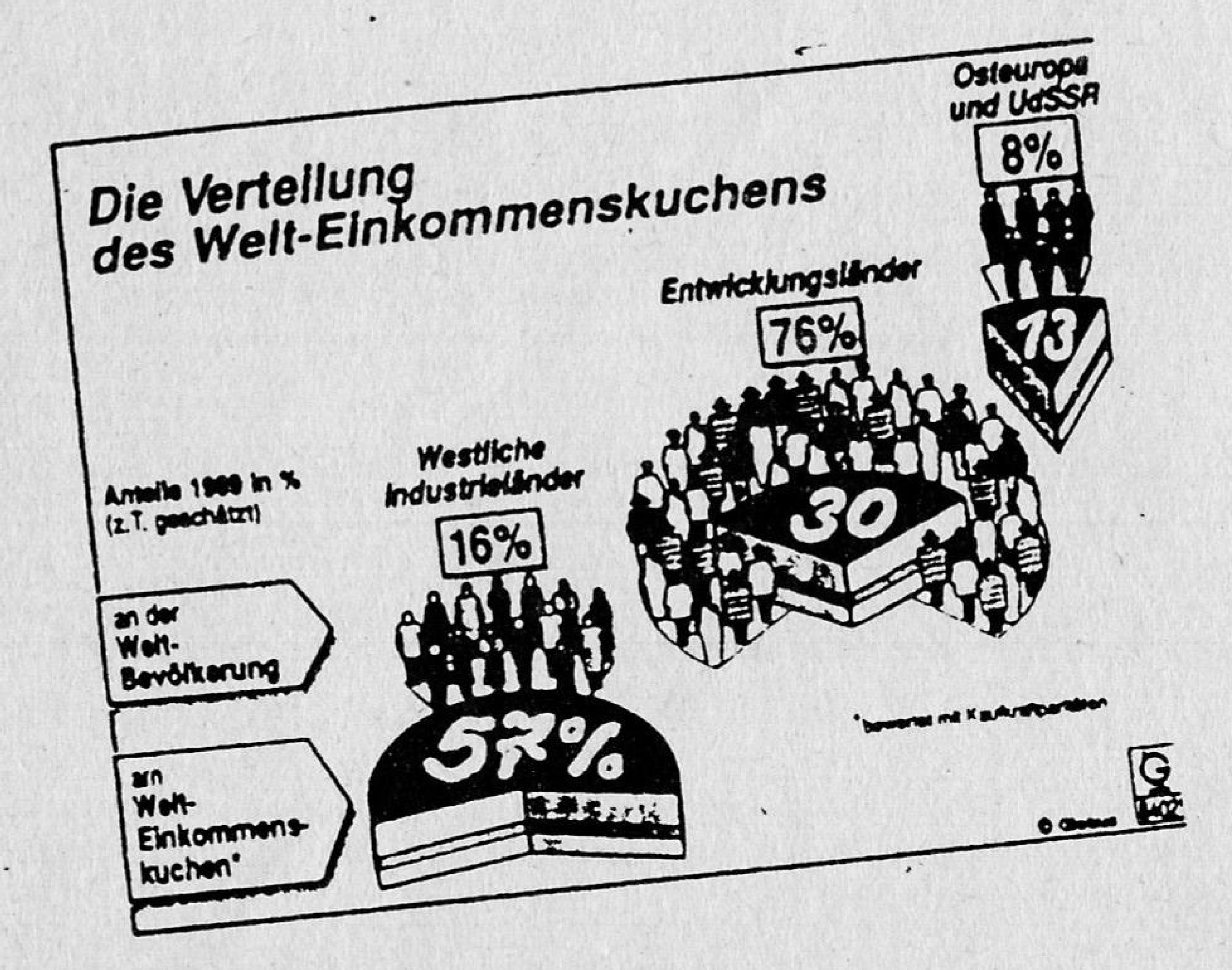
offiziell werden diese maßnahmen als zum wohl der flüchtlinge begründet. im januar 1989 äußerte innenminister schäuble, daß die b rd "fremdenfreundlich" und "asylfähig" sei. damit das weiterhin so bleibt, dürfe die brd nicht überfordert werden. möglichst wenig flüchtlinge dürfen kommen, um sie noch menschlich behandeln zu können. zitat schäuble: "es besteht ein zusammenhang zwischen der zahl und der behandlung von flüchtlingen".

1987 ließ das bundesinnenministerium verlauten, daß die brd nicht die notwendigen ökologischen voraussetzungen habe, um noch mehr flüchtlinge aufzunehmen. günther willms, ein ehemaliger bundesrichter, schreibt dazu:

"... die auf dauer angelegte vermehrung der in der brd lebenden ausländer von schon jetzt 4,5 mio. menschen bedeutet mit dem ihrer zahl entsprechenden verbrauch an energie ein mehr an kraftwerken und zugleich erhöhte umweltbelastung durch auch auf anderen wegen anfallende schadstoffe."

die hauptverursacherInnen von waldstreben und umweltverschmutzung sollen also die hier lebenden immigrantInnen sein.

in den medien wird immer wieder verbreitet, daß die brd die grenze ihrer aufnahmefähigkeit erreicht hätte. dies steht im widerspruch zu dem sonst so gerne zitierten, uneingeschränkten grundrecht auf asyl, das allen verfolgten gewährt werden soll, mit dem faschistischen sprachgebrauch von "asylantenflut" wird der rassismus in der bevölkerung mobilisiert. die zahlen belegen jedoch, daß es sich um lügen handelt.





aber die argumentation, daß der relative anteil von flüchtlingen ja sehr klein ist, ist sehr gefährlich. denn sie beinhaltet, daß ein größerer anteil von flüchtlingen oder imigrantInnen problematisch sein könnte. wenn wir als linke oder fortschrittliche menschen zahlen bemühen, dann nur um die herrschende propaganda als lüge zu entlarven. unsere solidarität macht sich daran nicht fest.

nach angaben des un-flüchtlingskommissariats gab es 1986 eg-weit ca. 533.000 flüchtlinge, was 0,16% der gesamtbevölkerung entspricht. die zahlen sind jedoch nicht sehr aussagekräftig. so gab das un-kommissariat für die brd 130.000 flüchtlinge an, während die brd selbst von 700.000 spricht. würde die zahl aller asylsuchenden, asylberechtigten und defacto-flüchtlinge (das ist die gruppe der abgelehnten, aber zeitweise geduldeten flüchtlinge) eg-weit bei 2 mio. liegen, so wären das auf die gesamteinwohnerInnenzahl der eg bezogen nicht einmal 1%. die flüchtlingsmigration macht in der brd insgesamt einen kleinen anteil der zuwanderung überhaupt aus. 1987 waren es 107.000 asylsuchende bei einer gesamtzuwanderung von 750.000 menschen.

hinsichtlich der "ausländerpolitik" ist die brd im vergleich zu anderen europäischen staaten sehr restriktiv:

- die einbürgerungsvoraussetzungen sind in der brd am höchsten, die einbürgerungszahl am niedrigsten
- die ungünstigste regelung für das nachzugsalter von kindern
- ehegatten-nachzugsbeschränkung
- das kommunale wahlrecht wird vorenthalten.

Wenn Frauen flüchten ...

Ausländerrecht contra Frauenrecht



Weltweit bilden Frauen die Mehrheit der 10 – 15 Millionen Flüchtlinge, laut UNHCR sind es sogar 90%. Sie fliehen aus ihrer Heimat, weil sie sich gegen Unterdrückung und Ausbeutung gewehrt haben und diesen Widerstand mit politischer Verfolgung bezahlen mußten. Verfolgt werden aber auch Frauen, die gegen gesellschaftliche Normen verstoßen. Die Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht setzt Frauen besonders brutaler Verfolgung und Folter aus. Dennoch werden in der BRD keine frauenspezifischen Fluchtgründe anerkannt.

Frauen werden inhaftiert, gefoltert und getötet, weil sie mit politisch aktiven Familienangehörigen verwandt sind (Sippenhaft). So werden zum Beispiel Türkinnen und Kurdinnen anstelle ihrer nicht auffindbaren Familienmitglieder inhaftiert. Bei verfolgten ethnischen Minderheiten, wie zum Beispiel von Tamilen auf Sri Lanka, Christen und Yezidien in der Türkei oder von Ahmadiyyas in Pakistan dient die gezielte Verfolgung der Frauen dazu, mißliebige Gruppen zu demütigen und zu verletzen. Die Vergewaltigung der tamilischen Frauen durch singhalesische Soldaten in den Bürgerkriegsgebieten vernichtet nicht nur das gesellschaftliche Leben der Frauen, sondern erniedrigt die gesamte tamilische Gruppe und ihre Integrität.
Verfolgt werden Frauen auch, weil sie frauenfeindliche ethisch-moralische Normen in ihren Ländern nicht beachtet haben, beispielsweise im Iran die Zwangsverheiratung, in Indien die Zahlung des Brautpreises oder islamische Vorschriften über Ehe etc. Sie sind dann „vogelfrei" in ihren jeweiligen Gesellschaften und haben keinerlei Rechtsschutz und keine Sicherheit mehr. So dürfen „Ehebrecherinnen" im Irak ohne strafrechtliche Verfolgung getötet werden. Laut einer persönlichen Gesetzesverfügung des irakischen Präsidenten ist die einzige Voraussetzung dafür, daß die Tötung im Haus der Frau oder ihren Eltern erfolgen und von nahen Verwandten begangen werden muß (FR, 21.3.1990). Die islamische Rechtsprechung über den sogenannten „Ehebruch" ist eine totale Willkürherrschaft des Patriarchats. Nach der pakistanischen „Hudood" Verordnung von 1979 wird ein Ehebruch („zina") durch Auspeitschen in der Öffentlichkeit, mit Gefängnis oder sogar mit dem Tod durch Steinigung bestraft. Ehebruch liegt bereits vor, wenn eine von Ihrem Ehemann verstoßene oder von ihm weggelaufene Frau in einem Haus, in dem ein nichtblutsverwandter Mann lebt, angetroffen wird. Auch eine Vergewaltigung wird als Geständnis des außerehelichen Geschlechtsverkehrs gewertet, wenn die Frau keine Beweise für die Vergewaltigung vorweisen kann. Frauen, die wegen „zina" im Gefängnis sitzen, können gegen Bürgschaften seitens ihres Ehemannes oder ihres Vaters oder desjenigen, der sie hinter Gitter gebracht hat, freigelassen werden. Zahlt der Ehemann die Bürgschaft, kann er die totale Unterwerfung der Frau fordern, denn die Bürgschaft kann jederzeit zurückgezogen werden. Die Zahl der Frauen, die wegen „zina" im Gefängnis sitzen, nimmt zu. Mit der „Hodood" Verordnung besitzen die Männer also ein Instrument, um ihre Frauen und Töchter kontrollieren und unterdrücken zu können.

Frauenspezifische Probleme im Asylverfahren

Nach dem deutschen Grundgesetz und der Genfer Flüchtlingskonvention führt dieses Gewaltverhältnis gegen Frauen und ihre Furcht vor Verfolgung nicht zur Asylgewährung. Wenn diesen Frauen die Flucht in die Bundesrepublik gelingt, was eher unwahrscheinlich ist, fänden sie in der gegenwärtigen Asylgesetzgebung keinen Schutz vor der ihnen drohenden Todesgefahr.
Auch die Flüchtlingsfrauen, die sich gegen Diktatur und Ausbeutung gewehrt und für die Demokratisierung ihres Landes gekämpft haben und diesen Widerstand mit politischer Verfolgung bezahlen mußten, haben bei der Suche nach Asyl in Deutschland Schwierigkeiten. Ihre erlittene Verfolgung und Flucht wird in der Bundesrepublik nicht ernst genommen. Die Asylbehörden orientieren sich an einer stereotypischen Vorstellung der männlichen politisch aktiven Betätigung, also an einem Heldenbild mit den entsprechenden Profilierungen als Voraussetzung für eine Anerkennung als politisch Verfolgte.
Die Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht setzt Frauen besonders brutaler Verfolgung und Folter aus, die sich meist in allen Formen sexueller Gewalt ausdrückt: Vergewaltigung, psychische Demütigung, Verletzung ihrer Würde. Im Asylverfahren fällt es den meisten Frauen schwer, ihre erlittenen Verfolgungen zu schildern, insbesondere wenn es um sexuelle Gewalt geht. Sie laufen Gefahr, von den eigenen Angehörigen verstoßen zu werden, weil sie zum Symbol der verletzten Familienehre werden. Viele Frauen zerbrechen an dieser psychischen Belastung. Daß im Asylverfahren auf Wunsch weibliche Beamte und Dolmetscherinnen die Befragung vornehmen, ist wenig tröstlich. Zudem wissen die wenigsten von dieser Möglichkeit. Eine Informationspflicht seitens der Behörde besteht nicht.

Alle diese geschlechtsspezifischen Verfolgungen sind Gewaltausübung gegen Frauen, deren Ursache in den jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnissen liegen. Sie müßten daher als politische Verfolgung im Sinne von Art. 16 II 2 GG anerkannt werden und den Anspruch auf Anerkennung als Flüchtlinge zur Folge haben. Die Empfehlung des Europäischen Parlaments vom 14.10.1987, die geschlechtsspezifische Verfolgung als Asylgrund anzuerkennen, stieß jedoch bisher auf taube Ohren.

Ermessensspielraum statt Rechtssicherheit

Im alten Ausländergesetz von 1974 haben die Familienangehörigen in der Regel ein vom Asylberechtigten abhängiges Aufenthaltsrecht. Im neuen Ausländergesetz ergibt sich scheinbar eine rechtliche Verbesserung für sie. Sie erhalten den Status der Asylanerkennung, wenn
- die Ehe schon im Staat, in dem der/die Asylberechtigte politisch verfolgt wird, bestanden hat
- der Ehegatte einen Asylantrag vor oder gleichzeitig mit dem/der Asylberechtigten oder unverzüglich nach der Einreise gestellt hat.

In der Regel betrifft dies die Ehefrauen, doch fällt auch der Ehemann einer politisch aktiven Frau unter diese Bestimmung. Die Ehegatten behalten diesen selbständigen Flüchtlingstatus auch im Falle von Scheidung oder Trennung und Tod des Ehepartners. Sie haben daher Zugang zum Arbeitsmarkt und erhalten Sprach- und Ausbildungsförderung. Sie genießen den gleichen Ausweisungsschutz wie ihre Ehepartner. Diese Regelung gilt nicht, wenn die Ehe in der Bundesrepublik geschlossen wurde und wenn sie noch nicht 4 Jahre (in Härtefällen 3 Jahre) besteht. Erst nach dieser Zeit erhalten die Frauen das sogenannte „eigenständige" Aufenthaltsrecht. Die Verlängerung dieses kümmerlichen Aufenthaltsrechts ist wiederum an zahlreiche schwer erfüllbare Bedingungen gekoppelt. So wird bei Inanspruchnahme von Sozialhilfe die „eigenständige" Aufenthaltserlaubnis nur um ein Jahr verlängert. Danach entscheidet die Behörde über jede weitere Verlängerung. Bei Rückkehr in ihre Heimat drohen ihnen Verfolgungsmaßnahmen, weil sie sich politisch betätigt haben oder mit einem politisch Verfolgten im Exil lebten.

Ehefrauen der De-facto-Flüchtlinge

De-facto-Flüchtlinge sind abgelehnte AsylbewerberInnen, die aber aus humanitären Gründen nicht abgeschoben werden.

Im neuen Ausländergesetz wird der Rechtsstatus für die De-facto-Flüchtlinge geregelt, die in der Vergangenheit auf Jahre hin mit einer bloßen Duldung leben mußten. Sie können eine Aufenthaltsbefugnis erhalten. Das wäre gegenüber dem bisherigen Gesetz eine Verbesserung, doch durch die Ermessensregelung ist zu befürchten, daß der großen Mehrheit der betroffenen De-factoFlüchtlinge nur — wie in der bisherigen Praxis — wiederholt Duldungen erteilt wird. Die dringend erforderliche Rechtssicherheit wird ihnen nicht gegeben.

Auch Ehegatten bekommen die Aufenthaltsbefugnis. Doch wenn die Eheleute sich trennen, sich scheiden lassen oder der Ehemann stirbt, müssen die Familienangehörigen mit Ausweisung rechnen. Nach einem weiteren Aufenthalt von 8 Jahren mit Aufenthaltsbefugnis kann eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erteilt werden. Voraussetzungen hierfür sind

- der Besitz einer besonderen Arbeitserlaubnis nach 19 Abs.6 des Arbeitsförderungsgesetzes (setzt fünfjährige Erwerbstätigkeit voraus)
- der Besitz einer sonstigen für eine dauernde Ausübung einer Erwerbstätigkeit erforderlichen Erlaubnis
- die Fähigkeit, sich auf einfache Art in deutscher Sprache mündlich verständigen zu können
- ausreichender Wohnraum für sich und die mit ihm in häuslicher Gemeinschaft lebenden Familienangehörigen
- daß kein Ausweisungsgrund vorliegt
- daß der Lebensunterhalt mit eigener Erwerbstätigkeit oder eigenem Vermögen gesichert ist.

Diese Bedingungen sind für viele schwer erfüllbar, insbesondere angesichts der zunehmenden Probleme auf dem Wohnungsmarkt und immer höher werdenden Mieten.

Auch den Ehegatten kann eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, die jedoch zunächst auf fünf Jahre befristet ist. Wenn der Ehepartner stirbt, bekommen die Ehegatten ein eigenständiges Aufenthaltsrecht. Das gleiche gilt für Scheidung oder Trennung, wenn die Ehe vier bzw. drei Jahre in der BRD bestanden hat. Dies bedeutet dennoch keinen gesicherten Aufenthaltsstatus, da die Aufenthaltserlaubnis solange auf ein Jahr befristet ist, bis die oben genannten Voraussetzungen erfüllt sind. Das heißt, daß nur diejenigen Flüchtlingsfrauen, die aus eigener Erwerbstätigkeit oder aus eigenem Vermögen ihren Lebensunterhalt sichern können, einen sicheren Aufenthaltsstatus erreichen. Frauen, die zum Beispiel wegen Kindererziehung nicht erwerbstätig sein können, sind meist auf Sozialhilfe angewiesen. Sozialhilfebezug ist aber nach § 46 Abs.6 ein Ausweisungsgrund.

Nachzugsregelung

Nach der Einreise verfügen nachgezogene Ehefrauen grundsätzlich zunächst über kein eigenständiges, sondern nur ein von ihren Ehemännern abhängiges Aufenthaltsrecht. Schon die Sprache entlarvt die patriarchalische Ideologie, die das neue Gesetz durchzieht. Der Aufenthaltsstatus der nachziehenden Ehepartnerin ist „akzessorisch". Die nachgezogenen Ehefrauen sind in ihrem Status also ein Anhängsel von ihren Ehemännern.

Die Abhängigkeit der ausländischen Ehefrauen verstärkt sich noch einmal dadurch, daß ihnen in den ersten drei bis vier Jahren keine Arbeitserlaubnis erteilt wird und sie auch danach keinen Rechtsanspruch darauf haben. Erst nach vier Jahren „Durchhaltefrist" (im Härtefall drei Jahre) erlangen sie statt der „akzessorischen" Erlaubnis ein eigenständiges, zunächst nur befristetes Aufenthaltsrecht. Besteht die Ehe fort, kann die nachgezogene Ehegattin nach fünf Jahren die unbefristete Aufenthaltserlaubnis und nach acht Jahren die Aufenthaltsberechtigung bekommen, die einer dauerhaften Aufenthaltsverfestigung nahekommt. Dafür sind generell ein auf eigenen Mitteln gesicherter Lebensunterhalt, 60 Beitragsmonate in der Rentenversicherung oder eine entsprechende Lebensversicherung gefordert. Aber selbst diese unbefristete Aufenthaltserlaubnis kann auf eine befristete zurückgestuft werden, wenn die Ausländerin Arbeitslosengeld bezieht und nicht innerhalb von drei Jahren nachweist, daß ihr Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln gesichert ist. Im Falle der Scheidung haben die Frauen, die als Hausfrauen, in nicht geregelten Arbeitsverträgen (zum Beispiel selbständig) oder in Teilzeitarbeitsverhältnissen unter 18 Stunden (ohne Sozialversicherungsbeiträge) tätig waren, keine Chance zur Verfestigung ihres Aufenthaltsstatus.

Die Aufenthaltsunsicherheit zwingt viele ausländische Ehefrauen zur totalen Unterwerfung unter ihre Ehemänner. Sie müssen sogar deren Gewalttätigkeit und Mißhandlungen ertragen. Es gibt auch zahlreiche Fälle, insbesondere bei Ehen, die durch Heiratshandel zustande kamen, in denen Ehemänner das Ausländergesetz als Mittel benutzten, um ihre Ehefrauen in ihre Heimatländer zurückzuschicken und damit die Unterhaltszahlung für sie zu umgehen.

Für viele ausländische Frauen, die keine selbständige Existenzsicherung haben, gibt es daher nur die Wahl zwischen Ausweisung und Ehe.

Chong-Sook Kang

aus: blätter des iz3w, Nr. 169, November 90

Verdacht auf Scheinehe

Wenn Standesbeamte eine beabsichtigte Eheschließung für eine „Scheinehe" halten, können sie den Erlaß des Aufgebotes verweigern. Bei Verdacht auf „Scheinehe" beauftragt die Ausländerbehörde eine gesondert eingesetzte Abteilung „Zweckeheprüfung", die mit entwürdigenden Methoden „den Vollzug" der Ehe überprüft: Hausbesuche auch nachts oder sehr früh morgens und ohne Wissen der Betroffenen etc. Teilweise wird auch die Kriminalpolizei eingeschaltet. Allein der Verdacht einer „Scheinehe" kann zur Verweigerung oder zum Entzug der Aufenthaltserlaubnis für den/die ausländische/n Ehepartner/in führen.

Zynismus der Asylrechtsprechung

Ein weiteres erhebliches Hindernis für Frauen ist der in der Rechtssprechung bestehende Grundsatz, daß die individuelle Verfolgung über die Verfolgung, denen die Allgemeinheit des Landes ausgesetzt ist, hinausgehen muß. Gemäß dieses Grundsatzes wurde sexuelle Gewalt gegen tamilische Frauen von den Gerichten als allgemeine Kriminalität (OVG Berlin) oder als Folge des Bürgerkriegs (OVG Münster) gewertet, die nicht asylrelevant sind, da dies Situationen seien, die die Bewohner des Landes allgemein hinzunehmen hätten.

Der Zynismus der herrschenden Asylrechtssprechung zeigt sich besonders deutlich bei der Entscheidung des Bundesamtes, das eine iranische Lehrerin, die aufgrund einer Taxifahrt mit ihren Kollegen zu 75 Peitschenhieben verurteilt worden war, mit folgender Begründung ablehnte: „Auch wenn sie ihre Auspeitschung als äußerst demütigend empfunden hat, stellt diese Maßnahme dennoch keine individuelle Verfolgung im Sinne des Grundgesetzes dar. Vielmehr handelt es sich um eine Strafe, die zur Aufrechterhaltung der islamischen Ordnung ergriffen wurde und in dieser oder ähnlicher Form jede Person getroffen hätte, die eines vergleichbaren Vergehens beschuldigt worden wäre" (Bundesamt, 13.1.87, "Verrückte Welten", Hildesheim 1990).

Bericht zur Situation im Flüchtlingslager Fürstenwalde

Das Flüchtlingslager in Fürstenwalde, eine Kreisstadt 30 km östlich von Berlin, mit über 400 "Plätzen", diente bis vor kurzem alsWohnheim für vietnamesische ArbeitsimmigrantInnen. Diese waren vor allem in der dort ansässigen Reifenfabrik Pneumant beschäftigt. Nach der Wende ist der größte Teil von ihnen "freiwillig" ausgereist. Die noch verbleibenden und jetzt von Arbeitslosenkohle lebenden VietnamesInnen wurden aus dem Lager in andere Unterkünfte umgesetzt, um dieses für andere ImmigrantInnen freizumachen. Jetzt leben dort zu einem Teil "deutsche AussiedlerInnen" aus der SU, Polen und Rumänien, zum anderen und größeren Teil AsylbewrberInnen aus über 23 Ländern: Viele arabische Leute, Menschen aus Kurdistan, Mocambique, Ätiopien, Rumänien u.a.; Viele auch mit Familien, obwohl die Gebäude mit ihren wizigen Einzelzimmern, nur je einer Gemeinschaftsküche,-bad, -toiletten pro Stockwerk für alleinstehende ArbeitsimmigrantInnen gebaut sind.
Viele der AsylbewerberInnen waren vorher schon in Flüchtlingslagern in Westberlin bzw. Westdeutschland gewesen,bevor sie nach Fürstenwalde gebracht wurden. Für sie bedeutet diese Verlegung eine offensichtliche Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse, die mit abschreckender Absicht sicherlich auch so geplant ist: Wachsender Rassismus und Naziterror, nicht funktionierendes Sozial- und Behördensystem, Zurücknahme in Westdeutschland bereits erkämpfter Rechte etc.

Bei allen Leuten im Lager, außer den AussiedlerInnen, sind die Asylverfahren noch im Gange. Auf Grund der Überlastung der Gerichte, bzw. deren momentaner Desorganisation in Brandenburg, müssen MigrantInnen im Moment anscheinend nicht mit Abschiebungen rechnen. Obwohl das, auch im Zusammenhang mit der Aufhebung der diversen Abschiebestopregelungen recht schnell gehen kann. aber diese Desorganisation der Behörden hat auch gravierende Nachteile für die Flüchtlinge, gerade was deren alltägliche Belange betrifft: So schieben die zuständigen Stellen die Verantwortung immer wieder hin und her, von der Lagerleitung zum Landrat zum Sozialamt und umgekehrt, um Forderungen der Flüchtlinge ins Leere laufen zu lassen.
Verschärfungen, wie die Verschiebung von AsylbewerberInnen in die ehem. DDR sind Bestandteil einer Politik der Abschreckung,wie die Aufhebung der Abschiebestops und die Unüberwindbarmachung von Grenzen. Aber auch wenn es von der Politscene kaum wahrgenommen wird, gibt es Protest und Widerstand dagegen.
Ausgangspunkt für die Flüchtlinge in Fürstenwalde war die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen durch die Verschiebung nach Ostdeutschland. So erhielten Erwachsene außer 20 DM Taschengeld wöchentl. keine weiteren finanziellen Zuwendungen. Notwendige und einfachste Dinge wie Seife Shampoo und Waschpulver wurden entweder gar nicht ausgeteilt, oder waren von miderwertiger Qualität. Mit der Ernährung waren sie auf die Kantine angewiesen, wo es wochenlang das selbe gab. ("7mal in der Woche Hühnchen und du fühlst dich selbst wie ein Huhn"). Keine kulturspezifische Essensauswahl (Schweinefleisch auch für Moslems) und noch dazu Essen von schlechter Qualität (abgelaufene Haltbarkeit, verschimmelte Jogurts etc.)
Das waren einige der wichtigsten Pumkte an denen sich der Protest der ImmigrantInnen entwickelte. In diversen Gesprächen versuchten sie bei der Lagerleitung und dem Sozialamt ihre Forderung nach menschen würdiger Behandlung vorzubringen. Konkret ging es um die direkte Auszahlung der ihnen zustehenden Sozialhilfe, wie sie es z.T. auch von Westberlin bewohnt waren. Dort konnten sie sich die Artikel selbst kaufen, die ihrer Kultur entsprechen, und mußten nicht die unverkäuflichen und abgelaufenen Waren ehem. DDR-Betriebe entsorgen.

In diesen Gesprächen, konnten sie nichts erreichen, außer dem Angebot, gegen Warengutscheine das selbe Essen wie vorher von der Kantine zu kaufen, um es sich selbst zuzubereiten. Die Qualität der angelieferten Nahrungsmittel änderte sich aber nicht. Auf mehreren selbstorganisierten Versammlungen artikulierte sich die Wut der Leute immer mehr ,und es wurde gemeinsam beschlossen, die Kantine zu bestreiken und die Forderungen massiver vorzubringen.
So wanderten, wie schon oft zuvor, die zugeteilten Nahrungsmittel palettenweise und demonstrativ in die Müllcontainer, so wurden Zulieferfahrzeuge mehrmals an der Toreinfahrt blockiert. Sie fuhren dann zwar meistens durch den Hintereingang, aber "irgedwie war es auch ein Spielchen zwischen uns und der Lagerleitung".
Während des 5wöchigen Streiks wuchs die Empörung. Das Inventar mehrerer Gebäude wurde zerlegt, die Scheiben rausgeschlagen, und schließlich brannte eine Wohnung aus. Da bei den Gesprächen nichts heraus kam , beschlossen die Leute die direkt verantwotliche Instanz aufzusuchen.
Alle gehfähigen LagerbewhnerInnen organisierten einen Marsch zur Sozialministerin ins ca.100 km entfernte Potsdam. Dabei setzten sie sich über die geltende Vorschrift hinweg, den zugewiesenen Landkreis nicht zu verlassen. Auf halbem Weg (in Königswusterhausen) ,kam ihnen die alarmierte Sozialministerin entgegen und verhandelte mit ihnen.
Die MigrantInnen konnten ihre Hauptforderund nach direkter Auszahlung der Sozialhilfe durchsetzen.
Ungefähr seit dem 10.6. erhält ein männlicher Familienvorstnd 360.-, eine Frau bzw. alleinstehender Mann 350.- DM un pro Kind zusätzlich ca. 220 DM ausgezahlt.

ROMA AUS GANZ NORDRHEIN-WESTFALEN versuchen mit einem Zeltlager an der Düsseldorfer Kniebrücke auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Sie fordern ein Bleiberecht in Deutschland.

In Folge dieser Auseinandersetzungen hatte auch das Verhältnis der BeWohnerInnen zu den 8 dort Beschäftigten SozialarbeiterInnen stark gelitten. Sie waren von den Streikenden gezwungen worden, für oder gegen

sie Partei zu ergreifen. Die SozialarbeiterInnen entschieden sich für ihre Arbeitgeber und hatten damit ihre Pufferfunktion, d.h. einen reulierenden Einfluß auf die Streikenden, verloren. Daher waren sie auf den Flüchtlingsplenen nicht mehr anwesend, und sie konnten kaum noch ihre "Kontrollgänge" in den Häusern durchführen.
Trotzdem ist auch unter den SozialarbeiterInnen der Unmut groß. Geringer Lohn und unsichere Weiterbeschäftigungen lassen Streikwünsche hochkommen. Denn es wird erwartet, daß das Flüchtlingslager demnächst von einem kirchlichen Träger übernommen wird, und die dort Beschäftigten durch kirchliche MitarbeiterInnen ersetzt werden.
Für die Flüchtlinge hieße dies, daß die abwartende Unterstützund, die sich von Seiten der örtlichen Kirche in letzter Zeit entwickelt hat, wieder in Frage gestellt wäre, da die Kirche wohl kaum gegen sich selbst arbeiten wird.
Zur Selbstorganisierung der MigrantInnen wäre noch zu sagen, daß bereits vor dem Streik ein gewisses gemeinsames Verhalten und eine relative Entschlossenheit vorhanden waren. Das drückte sich beispielsweise am 20.April aus, als ca. 100 rassistische Jugendliche vor das Lager gezogen waren und versuchten es anzugreifen. Nach anfänglicher Unsicherheit zerlegten die MigrantInnen kurzerhand das Mobiliar und verdroschen mit den dadurch gewonnenen Eisenrohren die Angreifer.
Natürlich läuft die Kommunikation ersteinmal unter den jeweiligen Nationalitäten ab, die gemeinsam ihren Alltag verbringen, kochen etc. Dabei gibt es große Unterschiede untereinander:
Rumänischen Leuten (Roma?) wird eine hohe soziale Kriminalität nachgesagt (es gab bereits mehrere Bullenrazzien gegen sie), wobei sie sich ein dichtes Netz an sozialen Kontakten zu Nutze machen: Sowohl im gleichen Lager, als auch zwischwn den Flüchtlingswohnheimen der gleichen Region, aber auch über große Distanzen hinweg. Angeblich ziehen einige von ihnen häufiger für kurze Zeiträume unbemerkt in andere Lager, um von dort aus die benötigten Dinge auf illegalem Wege zu organisieren.
Der Austausch zwischen den einzelnen Nationalitäten läuft trotz der über 23 unterschiedlichen Sprachen überraschend gut.Ursache dafür ist wohl das leben in einem gleichen Alltag, oder zumindest unter den gleichen alltäglichen Bedingungen. Diese relative Homogenität bewirkte auch, daß sich die meisten BewohnerInnen über die gleichen Misstände empörten, und dadurch der Weg zu gemeinsamen Forderungen und zu gemeinsamen Handeln verhältnismäßig einfach war.

Juni 91

GRENZEN AUF FÜR ALLE!

Bonn hält an Abschiebung fest

Bonn/Colombo (ap/dpa) — Die Bundesregierung hat die Bestimmung des neuen Ausländerrechts verteidigt, das keinen generellen Abschiebestopp für Flüchtlinge mehr zuläßt. Wegen des „erheblichen Zuwanderungsdrucks" auf Deutschland könne es „nicht verantwortet werden, einen generellen Stopp der Abschiebung in Staaten vorzusehen, in denen die Einhaltung der Menschenrechte nicht in gleichem Umfang gewährleistet ist wie in der Bundesrepublik", heißt es in einer gestern veröffentlichten Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage des Bündnis 90.

Nach den neuen Bestimmungen, die zum 1. Juli in Kraft traten, brauchen die Bundesländer für einen Abschiebestopp die Zustimmung des Bundesinnenministeriums.

Am 16. Juli wollen hohe Beamte von Ländern und Bund darüber beraten, welche Ausländergruppen wegen Gefährdung in ihrer Heimat künftig nicht abgeschoben werden sollen. Bisher habe sich nur ein Bundesland an das Bonner Innenministerium gewandt und einen generellen Abschiebestopp für Äthiopier, Afghanen und Tamilen gefordert, heißt es in der Antwort.

Die Bundesländer lehnten bisher eine Abschiebung in Krisenregionen ab und sicherten teilweise zu, bis Mitte Juli keine Flüchtlinge auszuweisen.

Die Bundesregierung verwies darauf, daß Ausländer ohnehin eine Aufenthaltserlaubnis für Deutschland erhalten könnten, wenn sie sich vor Beginn dieses Jahres mehr als acht Jahre im Bundesgebiet aufgehalten hätten.

Die drei wichtigsten politischen Parteien der tamilischen Minderheit in Sri Lanka haben indessen die westlichen Länder aufgefordert, die geplante Abschiebung von tamilischen Flüchtlingen in ihre Heimat zu überdenken.

Die Situation in Sri Lanka sei „für eine Rückkehr nicht geeignet", sagten die Parteisprecher in Colombo. Nachdem einige westliche Länder — vorweg Deutschland, die Schweiz und Großbritannien — ihre Ausländer-Gesetze verschärfen wollten, drohe über 200.000 Tamilen die Abschiebung. Die drei Parteien, allesamt Gegner militanter srilankischer Separatisten, verlangen einen Aufschub der Abschiebeverfahren.

70 Prozent Sozialhilfe für Juden in Wedding

Die sowjetischen Juden, die während des Golfkriegs über Israel nach Berlin gekommen sind, leiden weiterhin unter ihrem unklaren Status. Besonders betroffen sind nach wie vor diejenigen, die auf das Sozialamt Wedding angewiesen sind. Sie bekommen ihr Geld vierzehntägig ausgezahlt, insgesamt nur 70 Prozent der Sozialhilfe. „Eine Ermessensentscheidung" nannte der Leitende Fachbeamte der bezirklichen Sozialabteilung, Sauer, das, weil man „von einem Daueraufenthalt nicht ausgehe".

Der Anwalt der Betroffenen, Rosenkranz, beklagte, daß Krankenscheine auch nur für jeweils kurze Fristen ausgegeben werden, und daß eine hochschwangere Frau, die eine komplizierte Geburt befürchten muß, den Schein mit dem Vermerk „Nur für Notfallbehandlung" bekommen habe. Das immerhin werde rückgängig gemacht, sicherte Sauer gestern zu. Da habe man wohl nicht richtig hingesehen.

Tsp

INFOLADEN WALDEMARSTR 36 1/36 15°° - 19°°

DIENSTAGS:

♀♀♀-LADEN

♀♀♀-BADEN



kurz-info

wir haben in einer 'künstlerisch-politischen' aktion versucht, die forderungen der gefangenen im hungerstreik'89 nach zusammenlegung und freier politischer information und kommunikation zu unterstützen.



die dokumentation unserer arbeit könnt ihr euch ansehen; sie liegt bei den papiertigerInnen. rubrik: knast/knastkampf/hs'89

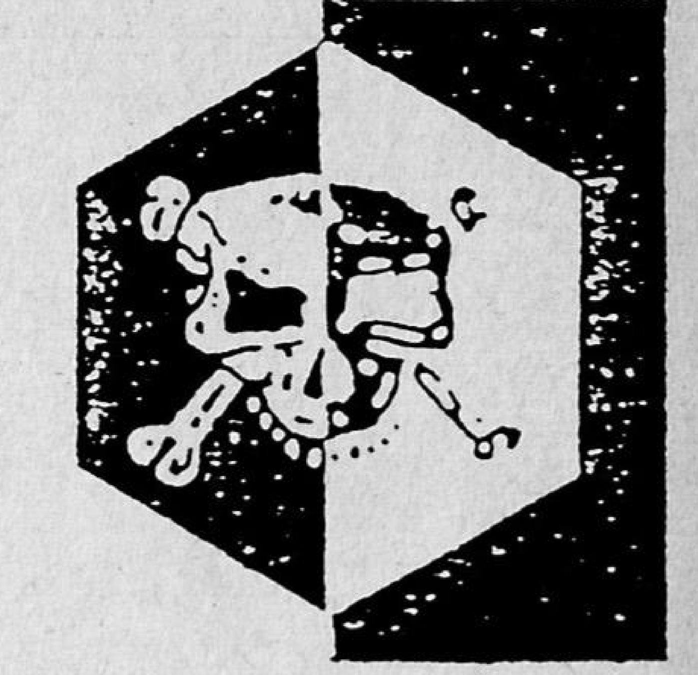


Liebe Leute,

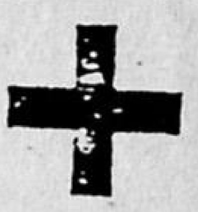
dies ist der erste von mehreren Rundbriefen, der euch während der nächsten Monate über die Einzelheiten der Konferenz - einschließlich Unterbringung, Abendveranstaltungen, Reisevorbereitung, und anderen Entwicklungen während der Vorbereitungszeit informiert. Für den Fall, daß ihr noch Zweifel oder weitere Vorschläge bezüglich der Konferenz habt, sorgt dafür, daß ihr den Rundbrief regelmäßig erhaltet und bringt dort auch eure Sachen ein. Wir hoffen, daß dieser Brief nicht nur für die technische Vorbereitung nützlich ist, sondern auch eine Vorstellung davon gibt, wie die Treffen und Veranstaltungen organisiert werden, so daß ihr, wenn ihr endlich eintrefft, nicht völlig untergeht in dem, was um euch geschieht.

Bisher gibt es nur eine provisorische Tagesordnung für die Konferenz (siehe Anhang I), die vollständige Übersicht über die Themen und Diskussionen, die wir wichtig finden, soll in zwei Stränge aufgeteilt werden. 1.) Die zentralen Treffen werden vormittags stattfinden, 2.) die kleinen, mehr informellen Treffen und die Arbeitsgruppen, von denen mehrere gleichzeitig laufen, werden nachmittags laufen. Dies wollen wir nutzen, um die Vormittagsthemen in kleineren Gruppen zu diskutieren.

An den Abenden wird es für (hoffentlich) alle Geschmäcker Veranstaltungen aller Art geben - Konzerte, Diskos, Filme oder auch nur ein Bier im Pub. Weitere Einzelheiten sind für spätere Rundbriefe vorgesehen.



Natürlich ist der rote Faden, der die fünf Tage durchziehen wird, die internationalistische Perspektive des Klassenkampfes und alles, was damit zusammenhängt. Dazu werden verschiedene GenossInnen die Erfahrungen und Analysen der politischen Situation in ihren Ländern nachzeichnen, um eine gemeinsame Grundlage zu schaffen und um ähnliche oder unterschiedliche Bedingungen zu verstehen, unter denen unterschiedliche Formen von Kämpfen und politischen Konzepten entstehen. Die Notwendigkeit einer internationalistischen Sichtweise ist offensichtlich, zwar soll sie nicht überstrapaziert werden, aber es sollte im Verlauf der Diskussion nicht übersehen werden, daß wir planen die Konferenz als Ausgangspunkt für eine europäische, ja sogar weltweite Bewegung zu nutzen, die unserer Meinung nach unverzichtbare Voraussetzung für die Revolution ist. Gleichzeitig kann solch eine Gemeinsamkeit nur durch vernünftige und konstruktive, wenn auch hitzige Debatten innerhalb eines bestimmten Spektrums hergestellt werden. Das heißt, wenn ihr daran nicht interessiert seid, oder mit den Basisinhalten von CLASS WAR nicht übereinstimmt, solltet ihr dort nicht aufkreuzen. Ebenfalls wollen wir nicht die Art nutzloser, steriler Debatten, wie sie bisher den Prozeß linker/anarchistischer Gruppen begleiten. Obwohl auch Geschichte zweifelos wichtig ist, wäre unsere Zeit auf der Konferenz nicht gut genutzt, wenn wir einfach nur die letzten 200 Jahre Klassenkampf durchgehen und ausführen, "was falsch gelaufen ist".



Der einzige Weg, vorwärts zu kommen, ist, auf positive Weise die Probleme, die uns heutzutage bedrängen, zu betrachten und zu überdenken, wie sie am Besten zu bewältigen sind und wie wir gemeinsam national und international handeln können. Wir hoffen, daß die Tagesordnung dies wiederspiegelt. Jedenfalls, wenn ihr meint, daß irgendwelche Themen, Diskussionen übersehen wurden, die eurer Meinung nach mit reinmüssen, zögert nicht, uns zu kontakten; noch ist es nicht zu spät.

KOSTEN DER KONFERENZ

Jetzt kommen wir zur Sache (würg). Die Organisation dieser Konferenz kostet nicht nur jede Menge Zeit und Energie von verschiedenen Leuten, sondern auch jede Menge Geld. Allein die Miete für einen brauchbaren Veranstaltungsort kostet 3.000 DM, dann sind da noch die Abendveranstaltungen, Öffentlichkeit, Übersetzung, Reisekosten, Unterbringung usw. Wir hoffen, soviel wie möglich durch Solikonzerte zusammenzubringen, aber das wird nicht reichen.



(Den folgenden Teil haben wir nicht übersetzt, da er für auswärtige TeilnehmerInnen keine Gültigkeit hat. Britische TeilnehmerInnen zahlen bis zu 75 DM. Für Auswärtige ist die Teilnahme umsonst. Dennoch halten wir es für gut, wenn Leute, die kommen wollen, überlegen, ob sie durch Kiezdiskos oder Solikonzerte sowohl die eigene Anreise als auch die Konferenz finanziell unterstützen können. Interessierte TeilnehmerInnen aus der UDSSR, aus Polen und der Ex-DDR bekommen bei Bedarf die Reisekosten bezahlt.)



OUR TIME HAS COME

Wenn ihr euch in irgendeiner Art, wie gering auch immer, an der Durchführung der Konferenz beteiligen wollt, laßt uns das wissen. Wir brauchen insbesondere Unterbringung, Hilfe bei den Abendveranstaltungen, Kinderbetreuung, Übersetzung und DiskussionsleiterInnen.

Soweit die Übersetzung.
Laßt uns bitte wissen, wer sich eigene Unterbringung besorgen kann und wer noch eine braucht. Die BremerInnen werden versuchen, um die englischen GenossInnen zu entlasten, eigene Schlafplätze vor allem in Süd-London bereitzustellen. Von dort gibt es gute Zug- und Autobahnverbindung nach Ost-London.

Nun die PROVISORISCHE TAGESORDNUNG
MONTAG
Der Tag der politischen Grundlagen, einschließlich einer Kritik am Anti-Faschismus, Dritte-Welt-Arbeit, Subkulturalismus, Reformismus etc.

DIENSTAG
Fortsetzung vom ersten Tag: Blick auf die derzeitige Weltlage und in welche Richtung es weitergeht, inklusive der Lage im Osten und Europa '92.

MITTWOCH
Was heißt 'Revolution'? Wie könnte sie aussehen? Was ist die Rolle von RevolutionärInnen? Was sollten sie tun? Einschließlich der Frage nach Notwendigkeit und Art von Organisierung.

DONNERSTAG
Internationalismus - die Notwenigkeit über "internationale Soliarbeit" und Gelegenheitskontakte hinauszugehen. Die Bildung eines internationalistischen Bewußtseins.

FREITAG
Zusammenfassung der Debatte, wie geht es weiter. Außerdem ein Treffen
aller existierenden CW-Gruppen.

Uns erscheint es sinnvoll, daß sich alle TeilnehmerInnen aus der BRD täglich am Ende des Kongresses für eine Stunde treffen, um uns über das Geschehen auszutauschen; von Verständnisfragen und Technics bis hin zur Vorbereitung von Stellungnahmen. Dazu besorgen wir einen Raum.
Darüberhinaus schlagen wir vor, daß sich alle aus der BRD angereisten Leute am Mittwochnachmittag als Arbeitsgruppe treffen, um die Frage Koordinierung oder gar Organisierung in der BRD zu diskutieren.

Bis auf weiteres, in Solidarität
LONDON CLASS WAR
BREMEN CLASS WAR

- NAME; ____________
- ADDRESS; ____________

No. of persons in your group who will be attending

and on which date: ____________

No. of tickets required @ £25.: ☐

Amount enclosed: ☐

No. of children needing creche places: ☐

Do you require help with accomodation? ☐

Will you need translation help? ☐



"Besiegt Euer Zögern, bevor es wächst und sich in Angst verwandelt"

Für eine kämpferische, phantasievolle, entschlossene

ANTIFA-DEMONSTRATION

am 17. AUGUST in Wunsiedel



Seit der Wiedervereinigung Großdeutschlands hat sich der Alltag von ausländischen und unangepaßten Menschen stark verändert. Faschoaktivitäten haben sowohl im "alten Westen" als auch im annektierten "Osten" neue Qualität erreicht.
Während die Geschichtsverdreher aus der Neuen Rechten die Massenvernichtung im Hitlerfaschismus leugnen und ihre Lügen öffentlich auf Kongressen verbreiten, greifen Faschoschläger zu ganz anderen Mitteln.
Aufkleber und Schmierereien häufen sich, Übergriffe auf "Nichtdeutsche und Andersdenkende" wie in Ostberlin auf das Lesben- und Schwulenfest, Anschläge und Angriffe auf ausländische Menschen sind zur täglichen Praxis von Faschisten geworden. Wenn Faschos ausländische Hütchenspielerinnen und Händlerinnen den Bullen ausliefern, entlarvt sich ihr gemeinsames Interesse, hier in diesem Staat ihr Sauberkeits- und Ordnungsprinzip durchzusetzen. Kein Wunder, die Faschos haben sogar ihre eigenen Informanten und Mitglieder im Bullenapparat sitzen, die kein Interesse daran haben, um Schutz bittenden Menschen zu Hilfe zu kommen.

Für die Auflösung
und Zerschlagung aller
faschistischen Verbände und Organisationen!

Der Faschoterror nimmt eine solche Brutalität und Menschenverachtung an, daß dieser im vergangenen Jahr Menschenleben in Göttingen, Konstanz, Ulm, Dresden, Wittenberge, Ost- und Westberlin auf kaltblütigste Art und Weise gefordert hat. Und das sind nur die Morde, die den Faschisten klar zuzuordnen sind. Wir werden den feigen Schweinen keinen dieser Morde vergessen!
Die Saat, die durch die Wahlpropaganda aller sog. demokratischen Parteien und deren Scheingesetzgebung über lange Zeit gesät wurde, ist aufgegangen. Rassismus, biologistisches Frauenbild, Intoleranz und Verachtung wird seit langem gesellschaftlich legitimiert und gesetzlich abgesichert.
Reaktionen von Presse, Bullen bis zu Politikerinnen, die den Faschoterror betreffen, laufen auf ein hirnloses Geschwafel über "orientierungslose Jugendliche", "Jugendbanden" und "Einzeltäter" hinaus.
Währenddessen verschärft sich die Repression gegenüber allen Menschen , die hier Widerstand leisten. So soll z.B. die umstrittene Genom-Analyse in einem Verfahren gegen zwei Antifaschisten angewandt werden, die sich bei einem Messerangriff von Faschos verteidigt haben.

WAS HAT DAS ALLES MIT WUNSIEDEL ZU TUN ?

Am 17.8. jährt sich der Todestag des ehemaligen Hitlerstellvertreters Rudolf Heß, dessen Gebeine in Wunsiedel entsorgt sind, zum 4. Mal. Deshalb hat sich Wunsiedel zu dem Wallfahrtsort von sämtlichen gewalttätigen-faschistischen Gruppen aus ganz Europa entwickelt. Aus diesem Grund werden die Faschos am 17.8., 16.30 Uhr in Wunsiedel einen "Bekenntnismarsch" veranstalten. Daß der Todestag von Heß zentrale Bedeutung für sie hat, läßt sich daran erkennen, daß Faschoorganisationen verschiedenster Coleur in ihren Publikationen schon Anfang dieses Jahres mit massiven Mobilisierungsversuchen begonnen haben.

Die "Prominenz" von FAP, NF, NO, NL, DA, NA, Altnazis, Faschoskins und -hooligans, Wiking-Jugend, Deutsche Frauenfront usw. gibt sich am 17.8. dort die Hand und begräbt zu diesem Anlaß alle Streitigkeiten. Mit Sprüchen wie "Rudolf Heß lebt" oder "Deutschland den Deutschen" wollen sie in trauter Einigkeit ihren "großen Märtyrer" feiern.

Seit dem Aufmarsch im Vorjahr, wo sich 1300 Faschisten in Wunsiedel versammelt hatten, haben die Faschoorganisationen, besonders in der Ex-DDR, noch größeren Zulauf bekommen. Deshalb nehmen wir nicht an, daß dieses Jahr weniger von den Schweinen da auftauchen werden.

Wir wollen und werden ihnen die Straße nicht freigeben! Diese Aufmärsche dürfen nirgendwo zur Normalität werden. Fahren wir gemeinsam mit vielen Menschen nach Wunsiedel, um mit aller Entschlossenheit und Besonnenheit den Naziaufmarsch zu verhindern. Es kann, soll und muß alles an Aktionen laufen, was mensch sich zutraut.



KAMPF dem FASCHO - AUFMARSCH in WUNSIEDEL

DEMO am 17.8.91
Treffpunkt und Auftaktkundgebung
13.30 h, Bürgermühlweiher, Wunsiedel
Faschoaufmarsch: 17.8.,16.30 h, Bürgermühlweiher, Wunsiedel

Für eine kämpferische - phantasievolle - entschlossene Demonstration!

Autonome Gruppen

V.i.S.d.P.

Dresden darf nicht Hauptstadt der Nazis werden!

2.000 militante Neonazis marschierten am 15. Juni in Dresden auf. Es war der größte Nazi-Aufmarsch seit über 10 Jahren, als die NPD Frankfurt am Main zur "braunen Hauptstadt" machen wollte. Es ist nur der vorläufige Höhepunkt nach einer Serie von Gewalttaten gegen ausländische Arbeiter und Flüchtlinge, Homosexuelle und Linke. Spätestens Mitte August werden sie am Grab des Hitler-Stellvertreters Hess in Wunsiedel wieder aufmarschieren. Schon im letzten Jahr hatten sich dort 1.000 Faschisten gesammelt.

Gleichzeitig wird es weiter Opfer des alltäglichen Naziterrors, Verletzte und Tote geben.

Dresden war für die Faschisten ein Erfolg, eine Demonstration der Stärke, der mehr Anhänger, auch in anderen Städten, ermutigen wird, wieder offen aufzumarschieren. Und mit jedem erfolgreichen Aufmarsch können sie zur wachsenden Anziehungskraft für Menschen werden, die angesichts der Krisenkatastrophe in den neuen Bundesländern verzweifeln.

Die Nazis haben Dresden zu ihrer "Hauptstadt" erkoren. Hier wollen sie ihre Organisationszentrale, die sie in Ostberlin unter dem Druck der Antifaschisten aufgeben mußten, aufbauen und ihre braune Bewegung sammeln. Deshalb müssen sie hier gestoppt werden. Eine Niederlage in Dresden kann sie wieder in die Bedeutungslosigkeit treiben oder zumindest in ihrem Aufbau erheblich zurückwerfen.

Der Staatsapparat hat gezeigt, daß er nicht bereit ist, gegen die Nazis vorzugehen. Der Dresdner CDU-Oberbürgermeister Wagner genehmigte den Faschistenaufmarsch und sechzehn Hundertschaften Polizei ließen ihn ungehindert stundenlang durch die Stadt ziehen - trotz rassistischer Parolen, Sieg-Heil-Rufen, SA-Uniformen und massiver Bedrohung von Passanten. Das allein macht deutlich, daß die immer wiederkehrenden Rufe von Politikern - wie jetzt auch wieder von der Bundes-Ausländerbeauftragten Funcke - nach dem Ausbau des Polizeiapparates und der Bildung von Spezialeinheiten zur Bekämpfung von Nazis ein zynisches Manöver sind.

Wenn die Nazis gestoppt werden, dann nur durch die Selbstaktivität aller Gegner von Rassismus und Faschismus - durch eine antifaschistische Bewegung, die den Nazis keinen Raum läßt, sich offen zu organisieren.

Daß es diese Chance und auch tausende von Menschen gibt, die gegen Nazis aktiv werden wollen, hat sich seit dem letzten Jahr mehrmals gezeigt: Tausende von Antifaschisten vertrieben die Nazi-Zentrale aus Ostberlin. Fast zehntausend Menschen gingen nach der Ermordung des mosambikanischen Arbeiters Jorge Gomondai in Dresden auf die Straße, und wieder mehrere tausend demonstrierten in Berlin gegen den Überfall der Nazis auf das Schwulen-Fest in Ostberlin. Wir können durch eine bundesweite antifaschistische Kampagne verhindern, daß Dresden zum Zentrum und Sprungbrett der Faschisten für ganz Deutschland wird.

Dazu schlagen wir vor:

- Ein nationales antifaschistisches Koordinationstreffen aller Initiativen, Organisationen und Personen, die dem Naziterror mit einer antifaschistichen Bewegung in Dresden entgegentreten wollen, am 13. Juli 1991 in Berlin.

- Vorbereitung einer zentralen Demonstration in Dresden zum Anti-Kriegstag am 1. September 1991, unter den Parolen:

Dresden darf nicht zur Hauptstadt der Nazis werden!
Nie wieder Faschismus!
Nie wieder Krieg!

Für diese Vorschläge und diesen Aufruf suchen wir weitere UnterstützerInnen.
Kontaktadresse: Alper, Antifa-Referat AStA Uni München,
Leopoldstr. 15, 8000 München 40
Tel. 089-21802072/3

Verantwortlich für den Aufruf:
Sozialistische Arbeitergruppe, Wolfgangstr. 81, 6000 Frankfurt 1

Tel. W-BERLIN: 030/6123880, 14-16 Uhr ~~3142568~~
030/6811301 TU ASTA: 3142104 1



STÄDTE FüR MENSCHEN UND NICHT MENSCHEN FüR STÄDTE !

Heute haben wir in mehreren filialen der GWG dies, das
und jenes getan. (färb, stink, klirr schepper!)
Die GWG ist der städtische bauträger, der die randbebauung
an der ROTEN FLORA durchsetzen soll. Als vermieter ist die
GWG vielen bekannt: sowohl durch schleppende Sanierungsarbeiten in den häusern, als auch durch über 2500 schnell
eingeleitete zwangsräumungsverfahren.
Zusammen mit der WTB sollen jetzt 42 sozialwohnungen gegen
den erklärten willen vieler anwohnerInnen genau auf der fläche
des neu entstandenen parks gebaut werden.
Die bebauung an der ROTEN FLORA ist der versuch des senats,
das gelände in ihre stadtplanerischen konzepte wieder einzubeziehen. Im klartext: sie wollen ROTE FLORA und park weg
haben, weil der senat es nicht zulassen kann und will, daß
menschen ihre vorstellungen vom miteinander leben versuchen
umzusetzen. Dabei setzen sie die von ihnen verursachte
wohnungsnot als "waffe" gegen dringend benötigte grünflächen
ein. Mit dem gleichen zynismus stellen sie mazda und eine turnhalle gegen den bauspielplatz in der bartelsstr., den mercedes
nobelhändler brammer gegen die autonomen jugendwerkstätten
(noch in der max-brauer-allee) diese gegen den bauwagenplatz in
der virchowstr., sozialwohnungen gegen den august-lütjens-park
und und und... mit dem ziel von spaltung und befriedung.
Gleichzeitig planen senat und großinvestoren projekte wie phantom,
mehrzweckhalle oder wasserturm, räumen besetzte häuser, fördern die
luxusmodernisierung von spekulanten und miethaien und dulden
den leerstand von wohnungen.
Unsere wut richtet sich gegen stadtplaner, schreibtischtäter
und deren helfershelfer, die mit allen mitteln die stadt der
zukunft für bonzen, yuppies und konsumgeier entwerfen und
durchsetzen wollen.
Dabei spielen sie die bedürfnisse von menschen gegeneinander aus,
die in ihren konzepten wenig oder gar keinen platz haben sollen.
Setzen wir unseren Widerstand gegen diese politik!
Auch wir begrüßen die idee einer militanten kampagne gegen
stadtplaner und die verantwortlichen der wohnungsnot.

ENTSCHIEDENEN WIDERSTAND GEGEN SPEKULANTEN, MIETHAIE UND STADTPLANER - LAßT UNS IHNEN H A N D F E S T DIE MEINUNG SAGEN !



Bericht vom Kongress: Gegen ein Europa der Herrschenden

Der Kongress fand am 7.8.9. Juni in Venedig statt.
Venedig : Dogenpalast,Rialtobrücke,San Marco,Gondeln....
Reiche Metropole des Mittelalters.Die engen Gassen und Kanäle atmen am Abend eine "Mantel und Degen Romantik".Immer noch einzigartige Stadt im Meer.Touristenatraktion weltweit.
Und mitteendrin wir : bis zu 2000 Autonome und VertreterInnen verschiedenster linker Organisationen aus aller Welt.Mit einer Damo,spontan und unangemeldet legen wir am vorletzten Tag des Kongresses den Touristenteil der Stadt zum Teil lahm.Fenster und Türen der Nobelrestaurants und Hotels werden verschloßen,die Scherengitter vor den Eingängen werden vereinzelt rasch zugezogen.Erst später erfahren wir,daß etwa 2000 Bullen im Einsatz gewesen sein sollen.Von denen bekommen wir in den engen Gassen nur etwa 2 Hundertschaften zu sehen.
Die stadt ist sehr um "Deeskalation" bemüht und hat jeden Abend für den Kongress eine Fähre und Sonderbusse zur Verfügung gestellt.Mit denen gings vom Hauptveranstaltungsort,dem Palasport,einer riesigen internationalen Sporthalle zum besetzten Centro Sociale auf dem Festland in Maghera.Hier gabs für alle KongressteilnehmerInnen Essen,Musik und Filme.Die italienischen GenossInnen haben eine enorme Organisationsarbeit geleistet.Jeden Tag für weit über 1000 Leute zu kochen,und ein gutes Essen mit verschiedenen Gerichten für nen Spottgeld,und mit nem Wein,der es erlaubte abends sich einige Gläser zu genehmigen und am nächsten Morgen ohne Kopfschmerzen zu den Arbeitsgruppen wieder da zu sein.Für alle wurden Schlafplätze organiseirt,obwohl wegen dem schlechten Wetter kaum jemand auf den vorgesehenen Zeltplatz ging.5 Veranstaltungsorte waren in Venedig organiseirt.Hauptveranstaltungsort,das Palasport war mit einer Simultanübersetzungsanlage ausgerüstet.
Es war mit al diesen Bedingungen auch eine gute Stimung,sich zu treffen,mitzukriegen,auszutauschen und kennenzulernen.
Nur eigentlich war ales viel zu kurz.Auf den täglichen Generalversammlungen waren die Redebeiträge oft zu lang und es waren auch insgesamt zu viele.Die Übersetzungen waren zum Teil sehr mühsam mitanzuhören.Für die kurze Zeit waren die ausgewählten Themen zu vielfältig.

ausgewählten Themen zu vielfältig.In den Arbeitsgruppen verhinderten zu lange Einzelbeiträge aus Ländern und Städten , die oft sehr speziell waren ,eine lebendige Diskusion.Auch waren in den Beiträgen selten Vorschläge oder Thesen für eine weiterführende Praxis formuliert,die wir häten diskutieren können.
Besonders zu kritisieren ist nochmal,daß bereits im Aufruf zum Kongres,wie auch in den Ansätzen der Arbeitsgruppen jegliche Patriarchatskritik fehlte.Außer auf zwei selbstorganiserten Frauentreffen außerhalb des eigentlichen Programms und in der Gruppe zu ImmigrantInnen ,gab es hierzu keine Beiträge.Von den VeranstalterInnen war darauf gesetzt,daß die kämpfe der Frauen und eine Patriarchatskritik von sich aus in allen Themenbereichen der Arbeitsgruppen vorkommen werden.
Viele GenossInnen kamen aber zu den einzelenen Gruppen wenig oder überhaupt nicht Vorbereitet,und mit ner ziemlichen Konsumhaltung.
Auch wir aus Berlin haten uns vorher weder mal getroffen oder gemeinsam vorbereitet.Es gab nur einen ausgearbeiteten Einzelbeitrag zur Situation der Linken in der BRD.mit einem Vorlauf von Veranstaltungen und treffen zu dem Kongres und seinen Themen wäre eine beteiligung wesentlich efektiver gewesen.
Zumindest haben sich einige von uns aus Berlin nach dem Kongress zusammengesetzt und festgestelt,den meißten von uns hat es auch einfach Spaß gemacht mit sovielen GenossInnen aus verschiedensten Ländern,von Knada bis Australien, 3 Tage zusammenzusein und haben ein Stück Energie neue Eindrücke und Kontakte bekommen.
Dies ist erstmal ein allgemeiner Eindruck des Kongresses,dem vieleicht auch nicht alle die dagewesen sind zustimmen werden.
Die übersetzten inhaltlichen Berichte aus den Arbeitsgruppen werden leider noch etwas auf sich warten lassen.

Polizei geht gegen „Park-Terror“ vor

VENLO, 4. Juli (dpa). Die Polizei in der niederländischen Stadt Venlo geht jetzt verstärkt gegen jugendlichen „Park-Terror“ in der Innenstadt vor. Dort bessern seit geraumer Zeit Schüler ihr Taschengeld auf, indem sie Autofahrer in einen freien Parkplatz einweisen. Das Parkticket haben die Jugendlichen bereits gezogen und verkaufen es dem Autofahrer zu einem stark überhöhten Preis weiter. Wer diesen Aufschlag nicht bezahlen will, läuft große Gefahr, nach dem Einkauf sein Auto demoliert vorzufinden.

Gewalttätige Proteste in Südfrankreich

PARIS, 4. Juli (dpa). Die politisch motivierten Proteste in Südfrankreich und die Bombenanschläge auf Korsika reißen nicht ab. Bei Sprengstoffanschlägen wurden nach Angaben der Polizei am Donnerstag auf Korsika ein Restaurant zerstört und ein Handelsgeschäft beschädigt. Jugendliche Nachfahren der in Frankreich eingebürgerten Algerier, die im Algerienkrieg auf französischer Seite gekämpft hatten (Harkis), blockierten in Südfrankreich zahlreiche Fernstraßen. Barrikaden bei Marseille wurden mit gefällten Bäumen verstärkt. Die Harkis besetzten zudem bei Marseille vier Autobahn-Mautstationen.

Französischer Polizist bei Unruhen verletzt

PARIS, 8. Juli (Reuter). Ein französischer Polizist ist am Montag in Südfrankreich von randalierenden Jugendlichen niedergeschossen und verletzt worden, als Bereitschaftspolizei versuchte, eine brennende Straßensperre zu entfernen. Polizeiangaben zufolge brachen die Schießereien in Saint-Laurent-des-Arbres bei Marseile aus, als etwa 80 Gendarmen versucht hatten, die von französischen Arabern aufgeschichteten Barrikaden und Autowracks aus dem Weg zu räumen. Bei den Demonstranten habe es sich um „Harkis“ gehandelt, Kinder oder Enkel von Arabern franzosicher Staatsbürgerschaft, die im Algerien-Krieg für Frankreich gekämpft haben. Die Jugendlichen hätten durch ihre Aktion auf die hohe Arbeitslosigkeit und den niedrigen Lebensstandard ihrer Gruppe hinweisen wollen, hieß es.



PROJEKTIL

anarchistisches magazin aus Münster



Die **neuste Ausgabe Nr.15/ Juli '91** enthält: * **Schwerpunkt: Kampf der Arbeit:** * Taylorismus * Lohnarbeit im Patriarchat * Arbeit im Trikont * ... und in der Metropole * Organisierung der JobberInnen * Blaumachen - das Recht auf Faulheit * Geschichte der Psychatrie * Bleiberecht für alle Roma * Internationalismusdiskussion * Antifa: Situation Ex-DDR * Genomanalyse * Rezension und Kurz - aba hallo ! etc.

Abobedingungen: 35 dm (FörderInnen: 50dm - dringend gesucht!) für 10 Ausgaben auf das Konto:
Essig, Münster
Postgiroamt Dortmund
Kto.Nr. 3605 81 - 467

Probeheft gegen 5 dm (incl. Porto) in Briefmarken oder Schein/ Scheck anfordern bei:
Projektil, c/o unrast, Querstr.2, 4400 Münster



Solidarische Grüsse an die autonomen/ linksradikalen Zeitungen dieser schnöden Welt.
Laßt uns die Kriminalisierung revolutionärer Inhalte gemeinsam zurückschlagen.
Was wir zu uns loswerden wollen: -Wir verschicken Einzelabos an Zeitungen, Zentren, Infoläden und in den Knast. Gibts noch Adressen, die ein Abo wollen? -Razz ist umsonst. Wir brauchen Spenden. -Schickt uns Infos und Artikel aus euren Städten und Dörfern. Adresse: Katharina Stock Schaufelderstr 29 3000 Hannover (nicht Razz draufschreiben)

Bundesanwaltschaft unterstützt Folter, Departement Felber deckt faschistisches Regime

Am 19. Mai führte die türkische Polizei in Istanbul eine Grossrazzia durch. 18 Personen wurden verhaftet, eine Frau und ein Mann angeblich in ihrer Wohnung nach heftiger Gegenwehr erschossen, wie es in ersten Presseverlautbarungen hiess. Schon am nächsten Tag wurde allerdings bekannt, dass es sich um eine eigentliche Hinrichtung handelte: Sicher ist, dass die beiden unbewaffnet waren und keinen Widerstand leisteten, und in der Wohnung fanden sich überhaupt keine Spuren eines angeblichen Schusswechsels. Diese kaltblütige Hinrichtung wurde in der hiesigen Presse nicht einmal erwähnt. Geplant war sie gegen den Mann, während die Frau das Pech hatte, zufällige Zeugin des Vorgangs zu sein.

Verhaftet wurde auch die Schweizer Genossin Barbara, die sich zu diesem Zeitpunkt in Istanbul aufhielt. Wie in der Türkei für alle politischen Gefangenen üblich, wurde auch sie zuerst für 14 Tage in das Folterzentrum Gayrettepe verschleppt. <u>Wie alle politischen Gefangenen</u> wurde auch sie gefoltert, und zwar während der ersten 40 Stunden ununterbrochen.

Während über acht Tagen verhinderte der Istanbuler Polizeichef den Zutritt des Schweizer Vize-Konsuls Schläfli. Zu Unrecht, wie sich später herausstellen sollte: Dieser Herr hat in der Folge die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz in der faschistischen Türkei sowie seine persönliche Situation über die Wahrheit gestellt: Barbara gehe es gut, und sie sei nicht gefoltert worden, belügt er nach dem Besuch im Folterzentrum ungeniert die Öffentlichkeit, wobei er nicht unerwähnt lässt, dass sein Gespräch von der türkischen Polizei auf Tonband aufgenommen worden war. Auch ihm musste bekannt sein, dass die Häftlinge von Gayrettepe mit dem Tod bedroht werden, wenn sie die Folter denunzieren, und das Tonband eben zur Durchsetzung dieses Sprechverbotes dient. Felbers Departement des Äusseren deckt die Lüge auch heute. Es lässt die klaren Aussagen der Mutter und des Anwaltes, die beide Barbara besuchen konnten, umgehend dementieren und beruft sich dabei in seinem grenzenlosen Zynismus auf die Aussage Barbaras!

Bei soviel guter Zusammenarbeit mit dem türkischen Regime wollte natürlich auch die Bundesanwaltschaft nicht hinten anstehen. Sind zwar die Methoden der Aufstandsbekämpfung der Herrschenden je nach Land verschieden, so decken sich doch die Ziele und Interessen: Eben der Kampf gegen alle Kräfte, welche die herrschende kapitalisitische Ordnung als höchste Stufe menschlicher Zivilistation und Entwicklung in Frage stellen und bekämpfen. Folter hin oder her: Die Bundesanwaltschaft hat von allem Anfang an ihr Dossier über Barbara - es enthält ein seit Jahren geführtes Ermittlungsverfahren wegen Sprengstoffbesitz, von dem sie keine Ahnung hatte - dem faschistischen Regime zukommen lassen. In derartigen Fällen sei eben die Zusammenarbeit zwischen den türkischen und schweizerischen Behörden unproblematisch, so der zynische Kommentar aus der Taubenstrasse.

Die Schweizer Behörden, im konkreten Fall das sozialdemokratisch geführte EDA, haben also die Folter nicht nur verleugnet, sondern durch das Verhalten der Bundesanwaltschaft haben sie den Schergen in der Türkei geradezu die Legitimation geliefert: Seht her, auch bei uns gehört sie zum inneren Feind! Damit versuchten die hiesigen Staatsschützer nicht zuletzt, ihre in letzter Zeit so heftig kritisierte Tätigkeit zu legitimieren. Durch die Fichenaffäre kam ans Tageslicht, dass solche Ermittlungsverfahren gegen unliebsame Leute während Jahren auf Vorrat geführt wurden, ohne dass die Betroffenen je davon erfuhren - und das trifft auch bei Barbara zu - um Abhör- und Observationsmassnahmen ein Mäntelchen von Legalität umzuhängen (siehe den Bericht zum Staatschutz der gemeinderätlichen Untersuchungskommission der Stadt Zürich, S. 173ff).

Auf der anderen Seite ist auch das Regime in der Türkei an dieser "internationalen Dimension" äusserst interessiert (da wird dann halt auch mal bei Folter vom übrigen Europa ein Auge zugedrückt). Europafähigkeit heisst hier das Stichwort. In den Medien wird sie - mit kollegialer Hilfe der Bundesanwaltschaft - als "internationale Terroristin" aufgebaut. Dadurch entsteht eine Gelegenheit, das neue Gesetz Nr. 3713 "zur Bekämpfung des Terrors", welches in der Türkei auf heftige Opposition stösst, durch einen Fall von "internationalem Terrorismus" zu legitimieren.

Mit diesem Gesetz wird zum Beispiel eine Organisation dann zu einer terroristischen, wenn die Behörden meinen (!!), dass sie mit "Druck", "Einschüchterung", "Drohung" oder "Zwang" politisch arbeitet, um die "Existenz des türkischen Staates zu gefährden" oder "die Staatsautorität zu schwächen". Das neue Gesetz begünstigt die Folterung der Festgenommen dadurch, dass der Polizeiverhaft 14 Tage - in sog. Notstandsgebieten 30 Tage - was Kontaktsperre und damit Freipass für Folterungen bedeutet. Gleichzeitig werden Folterer gesetzlich geschützt: Die Enthüllung ihrer Namen wird gebüsst, und sie dürfen nicht in Untersuchungshaft gesetzt werden.

Nur, dieses Europa wollen wir nicht! Ein Europa, das auf Ausbeutung und Unterdrückung aufbaut. Eine Welt, in der menschliche Bedürfnisse und Interessen auf Kapitalinteressen reduziert werden und die Bourgeoisie auch vor Folter und Genozid nicht zurückschreckt, wo ihre Interessen gefährdet sind.

Dagegen kämpfen wir, dagegen entwickeln wir die Vorstellung einer klassenlosen Gesellschaft, in der nicht eine kleine Minderheit die grosse Mehrheit ausbeutet, beherrscht und terrorisiert und sich den ganzen gesellschaftlich erarbeiteten Reichtum aneignet. Wer so für eine kommunistische Gesellschaft kämpft, der oder die kann auch nicht einfach so gebrochen werden, viele auch nicht durch Folter. Barbara ist nur ein Beispiel dafür, stellvertretend für unzählige politische Gefangene in der Türkei. Ihnen gilt unsere Solidarität.

Solidarität mit den politischen Gefangenen!

Hoch die internationale Solidarität!

KGI, Juni 1991

AUFRUF

Leben zu wollen, heisst, die Isolation zu durchbrechen!

Seit einigen Monaten läuft eine Medienkampagne gegen die politischen Gefangenen, an führender Stelle betrieben von der Bundesanwaltschaft (BAW), dem Bundeskriminalamt (BKA) und einigen CDU/CSU-Politikern.

Diese Kampagne soll dazu dienen, von den berechtigten Forderungen der Gefangenen nach jetzt mehr als zwanzig Jahren Isolationshaft abzulenken und alle Veränderungen, die es nach dem letzten Hungerstreik vor zwei Jahren gab, zurückzudrehen. So soll insbesondere die Kleingruppe der vier Frauen in Köln-Ossendorf auseinandergerissen werden.
Neue Verfahren werden eröffnet, vornehmlich gegen die Gefangenen die noch nicht zu lebenslänglicher Haft verurteilt sind.

Um diese Ziele durchzusetzen, die Ergebnisse des langen Kampfes der Gefangenen und all der Menschen, die die Forderungen unterstützen, zurückzunehmen, setzt der Apparat mit lancierten, gleichgeschalteten Falschmeldungen alles in Bewegung und betreibt so:

- die Denunziation der Gefangenen aus der RAF als "langer Arm" der Stasi
- die erneute Kriminalisierung der Anwältinnen und Anwälte
- die Neuauflage der Lüge der "Zellensteuerung"
- die Zerschlagung der Kleingruppen
- die massive Drohung mit der Kontaktsperre

Sie würden sie gerne im Knast begraben

Die Situation heute erfordert eine politische Mobilisierung draussen, mit der deutlichen öffentlichen Erklärung zur Unterstützung der Forderungen der politischen Gefangenen.
Während des Hungerstreiks konnten die Forderungen der Gefangenen noch nicht durchgesetzt werden, erkennbar wurde aber, daß bei entsprechendem Druck aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, ein politisches Umgehen des Staates mit den Gefangenen erzwungen werden kann.
Die Menschen, die für sich selbst unter den neuen Bedingungen eines Großdeutschlands, das offensichtlich mit entsprechendem Machtwahn ausgestattet ist, noch um eine eigene politische Perspektive kämpfen, sind aufgefordert für eine Lösung einzutreten, die nicht den Verrat der eigenen politischen Identität, der Geschichte und der Ziele von den Gefangenen verlangt; dafür brauchen wir die Zusammenlegung und die Möglichkeit zur Kommunikation der Gefangenen untereinander und mit den gesellschaftlichen Gruppen draussen, die das auch für sich fordern.
Die Angriffe auf die politischen Gefangenen sind exemplarisch. Es sind Angriffe auf alle, die nicht zur mehr oder weniger jubelnden Anhängerschaft des Systems geworden sind.
Es liegt in der eigenen Verantwortung, Widerspruch anzumelden, im eigenen und im Interesse der Gefangenen für die Zusammenlegung einzutreten.

FÜR DIE ZUSAMMENLEGUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN

FÜR DIE FREIE KOMMUNIKATION

FÜR DIE FREILASSUNG DER HAFTUNFÄHIGEN GEFANGENEN

FÜR DIE FREIE ARZTWAHL

Kundgebung am Knast in Köln Ossendorf
Samstag, den 20. Juli 1991 um 14 Uhr
Rochusstrasse 35o (Endstation der U-Bahn-Linie 5)

Hier sollte eigentlich der im Vorwort angekündigte"Berichtvom "Böhse Onkelz"-Konzert" stehen.
Aus eben den Bedenken heraus, die im Vorwort schon formuliert sind, haben wir nun doch die Konsequenz gezogen, daß es nicht unser Anliegen ist,diesen Text zu vervielfältigen. Die differenzierteste Aussage in dem Text ist die Kritik daran, daß "undifferenziert draufgehauen wird". Worin aber Differenzen bestehen und wie damit umgegangen werden sollte, muß mensch sich selber ausdenken. Überwiegend ist der Eindruck, daß der Autor und sein Kumpel sich bei etwas Nettem gestört fühlten - und das ist ein bißchen wenig. Deswegen landet der Brief nun doch wieder im Ordner!

In einer Zeit, in der selbst das dickste Brett vorm Kopf als metaphysische Schwingung scheint ...

366 TAGE für 9,50DM



antifaschistischer
KALENDER 1992

Bestelladresse: UNRAST-Verlag, Querstr. 2, 4400 Münster
Ab August '91 in vielen linken Info-und Buchläden

100 Jahre deutscher Rassismus

Ausstellung vom
29. April bis 20. August 1991
in der Mahn- und Gedenkstätte
des antifaschistischen Widerstands Berlin-Prenzlauer Berg
im Ernst-Thälmann-Park,
Ecke Greifswalder Straße/
Dimitroffstraße

Veranstalter:
Aktives Museum Faschismus
und Widerstand in Berlin
Kulturamt Prenzlauer Berg

Öffnungszeiten:
MO - DO 8.00 - 17.00 Uhr
DI 8.00 - 19.00 Uhr
Führungen für Gruppen:
Tel. West 261 76 61

SFE-FETE


Sa. 20.7.91
22⁰⁰ in der SFE

Es erwarten Euch: jede Menge Infos, Filme, Überraschungen, Essen & Getränke

Mit der Kohle wollen wir die Europa-Karavane (siehe INTERIM 153) finanziell unterstützen, die ca. 2 Mon. quer durch Europa reist.
Sinn und Zweck dieser Karavane ist es, so viel wie möglich von anderen Ländern mitzukriegen, sich auf der polit. und kult. Ebene auszutauschen, um praktische Widerstandsformen gegen ein geeintes Europa der Bonzen und Bänker zu entwickeln.
Darum brauchen wir **EURE Unterstützung!!!**

Kommt und informiert Euch!!!
Feiern wir gegen E 92 !!!

Kiezdisco für die Europa-Karavane



donnerstag 11.7.

uhrzeit ???
"im herzen der bestie"
anfall, gneisenaustr. 1/61

21 uhr
"das lustige zigeunerleben"
film über eine gruppe dt.
sinti, 1985
infoladen daneben,rigaerstr. 84
b.-friedrichshain

freitag 12.7.

ea-soli-konzert
brunnenstr. 7, b.-mitte

samstag 13.7.

21 uhr
"defend tomkins square"
häuserkampf in new york
infoladen daneben

12 bis 19 uhr
prozeßvideo zum maidanek-verfahren
adalbertstr. 32
b.-mitte

22 uhr
hoffest pfuelstr., 1/36

sonntag 14.7.

20 uhr
"stranger than paradise"
ex, gneisenaustr. 2, 1/36

dienstag 16.7.

21 uhr
"irgandwann, irgendwie, irgendwo"
hafenstr. 1989
infoladen daneben

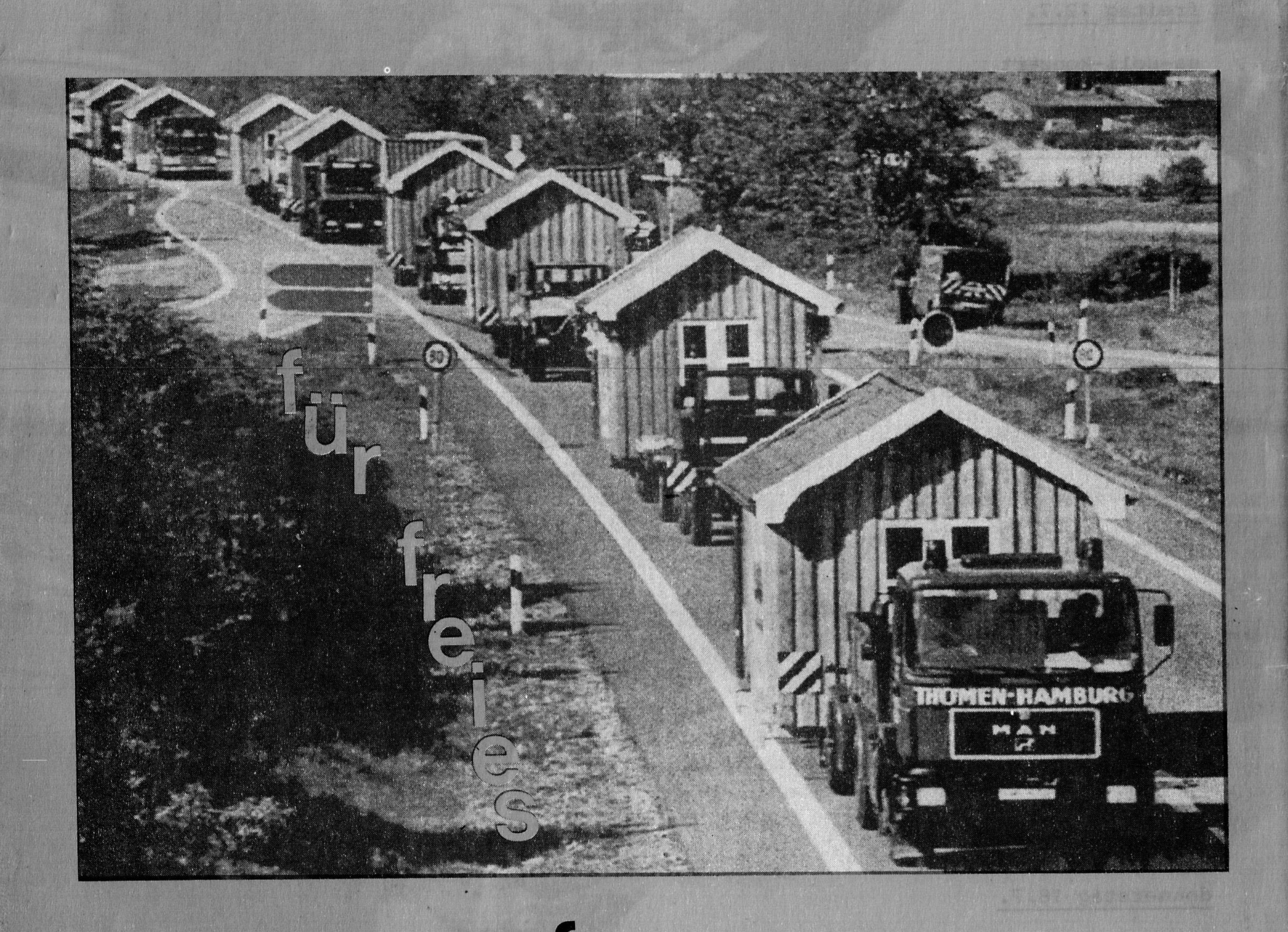
donnerstag 18.7.

21 uhr
"zwischen dachziegeln und pflastersteinen"
hafenstraße 1885
infoladen daneben

costa atlantica - die andere hälfte nicaraguas
fotoausstellung - vorträge - filme - videos -
aktuelle berichte
7.7. bis 23.8.
galerie olga benario, boddinstr. 61, 1/44

infocafe lichtschranke, nostitzstr. 49, 1/61
jeden montag ab 19 uhr vokü mit draußensitzen

vorankündigung: samstag 20.7. sfe- fete, kiezdisco für europa-karawane



für freies

fluten